



**SACHSEN-ANHALT**

---

Ministerium für  
Arbeit und Soziales

# **Jahresbericht 2014**

## **Arbeitsschutzverwaltung**

### **Sachsen-Anhalt**





### Liebe Leserin, lieber Leser,

mit Blick auf neue gesellschaftliche, technologische und wirtschaftliche Entwicklungen am Arbeitsplatz stellt die Erhaltung der Gesundheit der Menschen eine enorme Herausforderung dar. Dabei nimmt die betriebliche Arbeitsschutzorganisation bei der Überprüfung von Betrieben durch die Arbeitsschutzverwaltung an Bedeutung zu. Denn nur, wenn Betriebe ihren Arbeitsschutz systematisch organisiert haben, können auch die Arbeitsbedingungen gut gestaltet sein.

Als logische Konsequenz erfolgen in Sachsen-Anhalt immer häufiger Systemkontrollen in den Betrieben. Für die Unternehmen gestaltet sich der Einstieg in die systematische Verbesserung der Arbeitsbedingungen als nicht allzu schwer, denn fast jeder gut geführte Betrieb hat bereits Maßnahmen zur guten Arbeitsgestaltung durchgeführt beziehungsweise eingeleitet. Zur weiteren Optimierung in den kommenden Jahren müssen diese Maßnahmen in einen kontinuierlichen und systematischen Prozess eingebunden und alle Akteure im Unternehmen beteiligt werden.

Eine andere große Herausforderung stellen die Gefahrstoffe am Arbeitsplatz dar, die bei den Ursachen für Berufserkrankungen immer noch an exponierter Stelle stehen. Seit Jahren sterben in Deutschland mehr Menschen an tödlich verlaufenden Berufserkrankungen, die durch Gefahrstoffe verursacht werden, als durch tödliche Arbeitsunfälle. Dies bezieht sich vor allem auf Atemwegserkrankungen durch das Einatmen von Stäuben und Fasern, wie Asbest. Mit Hilfe modernster Technologien, wie etwa dem Einsatz des Rasterelektronenmikroskops, können die Spezialisten der Arbeitsschutzverwaltung des Landes auch auf diesem Terrain ihre Qualitäten auf dem Gebiet der Gefahrenabwehr erfolgreich unter Beweis stellen.

Auch beim Thema Mutterschutz ist die Arbeitsschutzverwaltung immer wieder gefordert. Die wichtigen mutterschutzrechtlichen Regelungen schützen Schwangere, Mütter und damit auch das werdende Leben vor gesundheitlichen Gefährdungen am Arbeitsplatz. In enger Verbindung hierzu stehen die Regelungen zum Schutz vor unberechtigten Kündigungen. Eine objektive Prüfung durch die Arbeitsschutzverwaltung ist hier bereits Voraussetzung dafür, dass eine Kündigung ausgesprochen werden kann und bietet so ein erhöhtes Maß an Rechtssicherheit für die Betroffenen.

Die Unternehmen in Sachsen-Anhalt haben in vielen Bereichen der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz bereits ein hohes Niveau erreicht und bringen kontinuierlich weitere Verbesserungen auf den Weg. Ohne die engagierte Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsschutzverwaltung wäre das nicht möglich, wofür ich ihnen meinen herzlichen Dank ausspreche.

**Norbert Bischoff**

Minister für Arbeit und Soziales  
des Landes Sachsen-Anhalt

<b>Allgemeines</b>	<b>6</b>
Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie (GDA)	6
<b>Arbeitsmedizin</b>	<b>8</b>
Muskel-Skelett-Erkrankungen (MSE)	8
<b>Technik</b>	<b>10</b>
Asbest	10
Elektronenmikroskop	13
Magnete	15
Kinderfahrräder	18
<b>Soziales</b>	<b>20</b>
Dezernatsleiterin Frau Kalfa	20
Ausbildung	22
Mutterschutz und Jugendarbeitsschutzgesetz	24
<b>Arbeitsunfälle</b>	<b>27</b>
Unfallgeschehen und tödliche Arbeitsunfälle	27
<b>Anhang</b>	<b>29</b>
Vorträge und Veröffentlichungen	30
Tabellen	33

**JAHRESBERICHT 2014**  
**ARBEITSSCHUTZVERWALTUNG**  
**SACHSEN-ANHALT**

# EINE STRATEGIE. DREI HANDLUNGSFELDER.

Das Hauptanliegen des Fachbereichs Arbeitsschutz des Landesamtes für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt ist es, Beschäftigte am Arbeitsplatz sowie Verbraucher und Dritte vor gesundheitlichen Gefahren zu schützen. Die Grundlage der Aktivitäten der Behörde bildet dabei eine Vielzahl von europäischen und nationalen Rechtsvorschriften. Sie räumen der Aufsichtsbehörde weitreichende hoheitliche Rechte ein, um die notwendige Sicherheit und den Gesundheitsschutz durchzusetzen. Um sicherzustellen, dass alle Aufsichtsorgane in Deutschland einheitlich vorgehen, wurden im November 2008 durch Änderungen im Arbeitsschutzgesetz und im Sozialgesetzbuch VII die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie (GDA) geschaffen.

## Organisation, MSE und Psyche

Die GDA wurde von Bund, Bundesländern und Unfallversicherungsträgern ins Leben gerufen. Unter Mitwirkung der Sozialpartner haben die drei Akteure dabei Handlungsfelder auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes festgelegt, die in bundesweiten Arbeitsprogrammen gemeinsam umgesetzt werden. Für die laufende GDA-Periode 2013 bis 2018 sollen drei wesentliche Arbeitsschutzziele realisiert werden:

- Verbesserung der Organisation des betrieblichen Arbeitsschutzes
- Verringerung von arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren und Erkrankungen im Muskel-Skelett-Bereich
- Schutz und Stärkung der Gesundheit bei arbeitsbedingter psychischer Belastung

Um diese Arbeitsschutzziele zu erreichen, wurde jeweils ein Arbeitsprogramm mit einem genauen Arbeitsplan erstellt. Die Arbeitsprogramme für die GDA-Periode 2013 bis 2018 lauten:

- Arbeitsprogramm Organisation (ORGA)
- Arbeitsprogramm Muskel-Skelett-Erkrankungen (MSE)
- Arbeitsprogramm Psyche

Diese festgelegten Arbeitspläne sowie die bestehenden GDA-Leitlinien bilden die Grundlage für die Überwachung des Arbeitsschutzes sowie die Beratung des Arbeitgebers

bei der Erfüllung seiner Pflichten nach einheitlichen Grundsätzen. Wesentlich ist dabei die Prüfung der vorhandenen Gefährdungsbeurteilung im Sinne der GDA-Leitlinie „Gefährdungsbeurteilung und Dokumentation“. Sie stellt die methodische Vorgehensweise zur handlungssicheren Überprüfung dar.

## Vorgaben für die Revisionen

Auf der Grundlage von Umsetzungsvereinbarungen zwischen den Trägern der GDA wurde die Arbeitsschutzverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt damit beauftragt, im Rahmen des Arbeitsprogramms Organisation in 314 Unternehmen und im Rahmen des Arbeitsprogramms MSE in 38 Unternehmen Erstbesichtigungen durchzuführen. Das Arbeitsprogramm Psyche startet im Jahr 2015 mit den diesbezüglich vereinbarten Erstbesichtigungen. Die Koordination der Revisionen oblag dabei den einzelnen Bundesländern. Um bei den Kontrollen ein einheitliches Vorgehen zu gewährleisten, hat der Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (LASI) teilweise so genannte LASI-Veröffentlichungen – kurz LV – erarbeitet und den Vollzugsbehörden bereitgestellt.

## Qualifizierung des Aufsichtspersonals

Die LV 1 „Überwachungs- und Beratungstätigkeit der Arbeitsschutzbehörden der Länder – Grundsätze und Standards“ beschreibt ein gemeinsames Konzept, wie die Aufgaben im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit zu verstehen sind. Sie gibt vor, wie diese Aufgaben realisiert werden können und welche Maßstäbe an die eigenen Aktivitäten angelegt werden sollen. Im Hinblick auf die Überwachung und Beratung durch die staatlichen Arbeitsschutzbehörden zur Arbeitsschutzorganisation konkretisiert die LV 54 „Grundsätze der behördlichen Systemkontrolle“ die Vorgehensweise.

Außerhalb der Arbeitsprogramme, welche die GDA-Träger miteinander abstimmen, werden die Besichtigungen der Unternehmen durch die Arbeitsschutzverwaltung auf Grundlage dieser LASI-Veröffentlichungen durchgeführt. Somit wurden Standards der Überwachungs- und Beratungstätigkeit im Land Sachsen-Anhalt an länderübergreifende Festlegungen angepasst. Um zu gewährleisten, dass die vorgegebene Qualität im Aufsichtshandeln umgesetzt wird, führte man verschiedene Qualifizierungsmaßnahmen für das Aufsichtspersonal durch. So wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf speziellen Veranstaltungen entsprechend geschult. Darüber hinaus lud man alle Führungskräfte zu einem Workshop ein. Das Thema dort waren die Instrumentarien sowie die einheitliche Vorgehensweisen bei deren Anwendung.

## 23 Prozent der Unternehmen mit Mängeln bei Organisation

Eine der Kernaufgaben der Arbeitsschutzverwaltung ist es, die Organisation des Arbeitsschutzes zu überwachen und den Unternehmen dabei beratend zur Seite zu stehen. Ein wesentliches Element hierbei ist die Prüfung der durchgeführten Gefährdungsbeurteilung. Anhand der vorgegebenen Kriterien ergibt sich aus den oben dargestellten Instrumentarien eine Gesamtbewertung der Arbeitsschutzorganisation des aufgesuchten Unternehmens. Diese wird mithilfe eines Ampelsystems dargestellt: Grün bedeutet, dass die Arbeitsschutzorganisation des Unternehmens „geeignet“ ist. Gelb kennzeichnet sie als „teilweise geeignet“, Rot als „ungeeignet“.

Im Berichtsjahr 2014 wurde bei 23 Prozent der durchgeführten Betriebsbesichtigungen eine ungeeignete Arbeitsschutzorganisation festgestellt. Bei 49 Prozent der besichtigten Unternehmen war sie teilweise geeignet. 28 Prozent verfügten über eine geeignete Arbeitsschutzorganisation. Alle Unternehmen, deren Arbeitsschutzorganisation mit „ungeeignet“ bewertet wurde beziehungsweise bei denen die Arbeitsschutzbehörde Defizite festgestellt hat, wurden aufgefordert die Mängel umgehend abzustellen.

## Zweitbesichtigungen erfolgreicher

Das erfolgreiche Handeln der Arbeitsschutzverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt ist darin sichtbar, dass eine Vielzahl der besichtigten Unternehmen bereits bei der Zweitbesichtigung die aufgezeigten Mängel beseitigt hat und eine geeignete Arbeitsschutzorganisation vorweisen kann.

Auf Grundlage der durchgeführten Besichtigungen nach den bundeseinheitlich vorgegebenen Instrumentarien im Land Sachsen-Anhalt ist eine weitere, konsequente Weiterführung dieser Vorgehensweise geboten und wird auch in den nächsten Jahren das Aufsichtshandeln der Arbeitsschutzverwaltung bestimmen.

# GEMEINSAM GEGEN MUSKEL-SKELETT-ERKRANKUNGEN

Was haben eine Kita-Erzieherin, ein Fleischer und ein Lagerarbeiter gemeinsam? Auf den ersten Blick vielleicht nichts. Aber beim genaueren Betrachten verbindet sie doch eines: Sie alle üben Tätigkeiten aus, die in erhöhtem Maße zu Muskel- und Skelett-Erkrankungen führen können. Das Arbeitsprogramm Muskel-Skelett-Erkrankungen (MSE) wurde auf dem 2. Weltkongress für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit im August 2014 in Frankfurt am Main vorgestellt. Unter dem Motto „Prävention macht stark – auch Deinen Rücken“ wendet es sich direkt an Beschäftigte, Unternehmer und Multiplikatoren, um sie für diese Erkrankungen zu sensibilisieren. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereiches Arbeitsschutz des Landesamtes für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt haben sich stark gemacht und waren ihrerseits im Rahmen des Arbeitsprogramms MSE im Einsatz.

## Große Herausforderung für die Arbeitswelt

Muskel-Skelett-Erkrankungen (MSE) stellen die Arbeitswelt vor große Herausforderungen. Seit Jahren führen sie die Statistiken der Arbeitsunfähigkeitstage an. Viele Beschäftigte leiden unter diesen Erkrankungen und können ihre Arbeit manchmal nur unter Schmerzen verrichten. Fehlzeiten durch Krankmeldungen sind die Folge. Und nicht selten müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sogar frühzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Muskel-Skelett-Erkrankungen sind damit ein enormer Kostenfaktor.

Aus diesem Grund wurde das Arbeitsschutzziel „Verringerung von arbeitsbedingten Gesundheitsgefährdungen und Erkrankungen im Muskel-Skelett-Bereich“ formuliert und das Arbeitsprogramm „Prävention macht stark – auch Deinen Rücken“ (MSE) entwickelt. Ziel ist es, die arbeitsbedingten Gesundheitsgefährdungen und Erkrankungen in diesem Bereich zu verringern. Dabei setzt das Programm auf eine Präventionskultur in den Unternehmen. Hier steht die Gestaltung gesundheitsgerechter Arbeitsplätze im Vordergrund. Zum anderen sollen die Beschäftigten auch im Hinblick auf mehr Gesundheitskompetenz und ein gesundheitsgerechtes Verhalten sensibilisiert werden.

Konkret geht es um die Einrichtung ergonomisch optimierter Arbeitsplätze, -stätten und -abläufe in den Unternehmen, Betrieben und Einrichtungen. Dort soll verstärkt

ein betriebliches Gesundheitsmanagement implementiert werden. Darüber hinaus zielt das Programm auch auf die Verbesserung der Arbeitsorganisation und Führungskompetenz mit Blick auf die Prävention ab.

## MSE-Portal „GDA bewegt“ als Informationsplattform

Das Arbeitsprogramm MSE will erreichen, dass mehr Beschäftigte von den betrieblich geförderten MSE-Präventionsmaßnahmen profitieren können und ihre Gesundheitskompetenz langfristig und nachhaltig verbessern. Seit Oktober 2014 wird das Arbeitsprogramm MSE durch die Arbeitsschutzverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt in den Betrieben durchgeführt. Bis ins Jahr 2017 hinein sollen dabei zahlreiche Maßnahmen und Aktivitäten stattfinden.

Als wesentliche Informationsplattform des Arbeitsprogramms MSE dient das branchenübergreifend angelegte MSE-Portal auf [www.gdabewegt.de](http://www.gdabewegt.de). Es bündelt alle Angebote der GDA-Träger und Sozialpartner zur MSE-Prävention. Dort gibt es unter anderem eine umfassende Produktdatenbank mit mehr als 400 Präventionsangeboten. Zielgruppenspezifisch aufbereitet finden hier Unternehmen, Beschäftigte und Multiplikatoren alles Wichtige und Wissenswerte, um Muskel-Skelett-Erkrankungen zu verringern und zu vermeiden – ganz bequem per Mausklick.

## Seit Herbst 2014 Kontrollen in Unternehmen und Betrieben

Im Oktober 2014 hat auch das Aufsichtspersonal der Arbeitsschutzbehörde des Landesamtes für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt mit seinen Revisionen begonnen. Im Rahmen dieser Kontrollen werden Unternehmen und Betriebe mit hilfreichen Informationen und Empfehlungen versorgt, um die Arbeitskraft ihrer Beschäftigten langfristig zu erhalten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Branchen und Berufsgruppen, die besonders häufig von MSE betroffen sind. Im Fokus stehen Tätigkeiten, bei denen gesundheitsgefährdende Belastungen an der Tagesordnung sind: Schweres Heben und Tragen, Ziehen und Schieben von Lasten, Zwangshaltungen, Arbeiten mit erhöhter Kraftanstrengung beziehungsweise -einwirkung, repetitive Tätigkeiten, Ganzkörper-Vibrationen, Hand-Arm-Vibrationen sowie bewegungsarme Tätigkeiten.

### Von Abfallentsorgung bis Zimmerer

Die am häufigsten belastenden Branchen sind dabei so vielfältig wie unterschiedlich. Sie wurden gemäß Risikoanalyse definiert. Die Schwerpunktbranchen reichen von Abfallentsorgung, Bau- und Forstwirtschaft, Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege über Handel und Logistik, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, Küchenarbeit und Nahrungsmittelherstellung bis hin zu Metall-, Kunststoffherzeugung und -verarbeitung, Reinigungsdiensten und vorschulischer Kinderbetreuung. So sind zum Beispiel Erzieherinnen in einer Kindertagesstätte erheblichen Belastungen durch das Heben und Tragen von Kindern ausgesetzt. Auch Beschäftigte, die tagein tagaus Fußbodenverlegearbeiten verrichten, beanspruchen ihre Muskeln und ihr Skelett besonders intensiv. Und dass das Arbeiten im Warenversand oder der Speditionsbranche im wortwörtlichen Sinne nicht selten auf den Rücken geht, versteht sich von selbst.

### 38 Erstbesichtigungen vereinbart

Für das Jahr 2014 wurde mit den Arbeitsschutzdezernaten des Landesamtes für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt vereinbart, 38 Erstbesichtigungen in jenen Unternehmen und Betrieben durchzuführen, in denen Muskel-Skelett-Erkrankungen ein Thema sind. Hierbei sollten mindestens 10 Prozent der Besichtigungen in Betrieben mit bis zu 20 Beschäftigten durchgeführt werden. Maximal 10 Prozent der Betriebe sollten 250 Beschäftigte und mehr aufweisen. Bevor sich das Aufsichtspersonal im Rahmen einer Erstbesichtigung vor Ort ein eigenes Bild verschaffen konnte, stand eine gründliche Vorbereitung und Einarbeitung in das Arbeitsprogramm MSE auf dem Plan. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Aufsichtsbehörde machten sich mit dem zentral erarbeiteten Erhebungsbogen, dem einheitlichen Handlungsleitfaden und der Eingabe in das EDV-System vertraut. Es fanden interne Schulungen und

externe Fachtagungen statt. Darüber hinaus gab es Video-Tutorials sowie umfangreiches Informationsmaterial auf dem MSE-Portal [www.gdabewegt.de](http://www.gdabewegt.de).

### Welche Belastungen können auftreten?

Nachdem das Aufsichtspersonal die Erstbesichtigungen in den Betrieben, Unternehmen und Einrichtungen im Vorfeld schriftlich angekündigt, und mit den Arbeitsschutzverantwortlichen vor Ort konkrete Termine vereinbart hat, führte es die Revisionen durch. Als hilfreiche Instrumentarien kamen hierbei der Fachdatenbogen und der Handlungsleitfaden zum Einsatz, darüber hinaus die Gesprächsnotiz mit den Inhalten des Fachdatenbogens, Informationsbrochüren und weitere Materialien als Unterstützung für das Aufsichtspersonal und zur Beratung der Betriebe sowie der GDA-Flyer.

Grundsätzlich galt es, bei den Betriebsbesichtigungen bestimmte Aspekte zu berücksichtigen. So sollte in einem ersten Schritt die Gefährdungsbeurteilung nach Aktenlage vor Ort betrachtet werden. Sie wurde in einem gemeinsamen Gespräch mit den für den Arbeitsschutz verantwortlichen Personen besprochen. Schwerpunktmäßig sollte geklärt werden: Welche physischen Belastungen können auftreten? Dabei sollte die gesamte Bandbreite der verschiedenen Belastungsarten im Unternehmen beleuchtet werden.

Im zweiten Schritt folgte die Besichtigung der Betriebe und Unternehmen. Dabei wurde zum Beispiel kontrolliert, ob die Gefährdung bereits erkannt worden ist. Weitere Fragestellungen waren: Greifen die in der Gefährdungsbeurteilung formulierten Arbeitsschutzmaßnahmen? Werden sie eingehalten? Und wurden alle Gefährdungen berücksichtigt?

### Auch psycho-soziale Aspekte im Blick

Neben den physischen Belastungen wurden auch psycho-soziale Aspekte untersucht. Dazu gehören unter anderem Faktoren, die Auswirkungen auf das Muskel-Skelett-System haben können, wie etwa hohe Arbeitsanforderungen, geringe Abwechslung, hohe emotionale Belastungen oder eine mangelnde soziale Unterstützung seitens Vorgesetzten und Kollegen.

### Abschlussgespräch und Datenübermittlung

In einem abschließenden Beratungsgespräch mit den Arbeitsschutzverantwortlichen des Unternehmens wurden die Ergebnisse der behördlichen Kontrollen ausgewertet. Wenn nötig, wurde hierbei seitens der Arbeitsschutzverwaltung eine Aufforderung zur Beseitigung der Mängel ausgesprochen. Die Ergebnisse der Kontrollen wurden elektronisch erfasst, um sie anschließend zentral systematisch auswerten zu können.

# „WUNDERFASER“ MIT SPÄTFOLGEN

Vor nicht allzu langer Zeit rangierte Asbest auf der Liste der beliebtesten Baustoffe noch ganz oben. Aus gutem Grund, überzeugte es doch durch vermeintlich positive Eigenschaften. Und so hielt der Baustoff Einzug in zahlreiche Bauprojekte. An vielen der Gebäude, in denen Asbest verbaut wurde, nagt mittlerweile der Zahn der Zeit und so bahnt es sich seinen Weg aus den Ruinen von verfallenen Industriegebäuden und verlassenen Kasernen in die Natur. Und damit auch in unsere Körper. Wir wollen vom Fachbereich Arbeitsschutz des Landesamtes für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt wissen: Wie ist es 21 Jahre nach dem Asbestverbot in Sachsen-Anhalt um das Thema „Asbest“ bestellt?

## Was ist Asbest?

Asbest ist die Sammelbezeichnung für bestimmte natürlich vorkommende, faserförmige silikatische Minerale. In der Vergangenheit wurde Asbest auch gerne als „Wunderfaser“ bezeichnet. Es ist chemisch sehr beständig, unempfindlich gegen Hitze und nicht brennbar. Darüber hinaus besitzt es eine hohe Elastizität und eine höhere Zugfestigkeit als Stahldraht. Außerdem lässt es sich hervorragend mit Zement mischen und aufgrund seiner guten Bindefähigkeit mit anderen Materialien zu verschiedenen Produkten verarbeiten. Kurzum: Asbest ist eigentlich überaus praktisch, weshalb es auch vor vielen Jahren bei zahlreichen Bauprojekten zum Einsatz kam. Doch: Asbest ist auch eindeutig krebserregend. Aus diesem Grund wurde 1993 in Deutschland ein Asbestverbot erlassen. Es gilt für alle sechs Asbestarten.

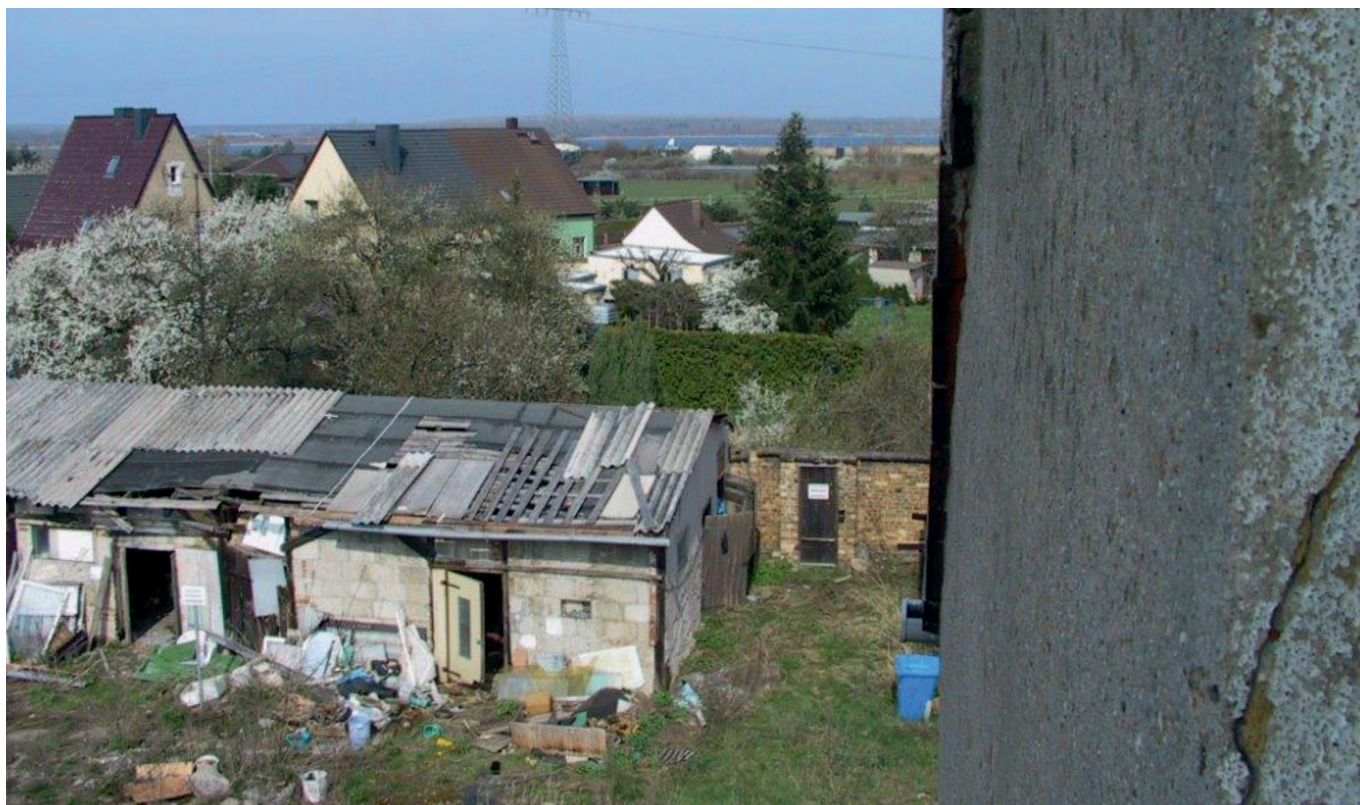
## Warum stellt Asbest auch 21 Jahre nach dem Asbestverbot noch eine Gefahr dar?

Weil der Mensch praktisch von seiner Asbest-Vergangenheit eingeholt wird. Deutschland – die BRD und die DDR – importierte von 1950 bis 1990 insgesamt zirka 4,35 Millionen Tonnen Asbest, davon etwa 96 Prozent als Weißasbest (Chrysotil). Aus diesem importierten Asbest wurden bis zu 3.000 verschiedene asbesthaltige Produkte hergestellt. 73 Prozent davon waren Asbestzementprodukte. Im November 1993 wurde schließlich per Gesetz verboten, Asbest und asbesthaltige Produkte in Umlauf zu bringen –

obwohl die gesundheitsschädlichen Eigenschaften bereits Anfang des 20. Jahrhunderts bekannt waren. Seit 2005 gilt ein EU-weites Asbestverbot.

## Welche Zahlen und Fakten gibt es bezüglich asbestbedingter Berufskrankheiten?

Bis heute waren in Deutschland etwa 2,5 Millionen Beschäftigte durch Asbest gefährdet – viele sind es immer noch. Ende 2012 hatten 89.000 Beschäftigte berufsbedingt Umgang mit asbesthaltigen Materialien. Besonders erschreckend: Zwischen der Asbestexposition und dem Auftreten von Krebserkrankungen vergehen viele – im Durchschnitt 30 bis 40 – Jahre. Viele dieser Erkrankungen sind nicht heilbar. Allein im Jahr 2012 starben mehr als 1.500 Beschäftigte an den Folgen dieser Krebserkrankungen. Die Krebserkrankungen treten an der Lunge, dem Rippen- und Bauchfell und dem Kehlkopf auf. Im Zeitraum von 1994 bis 2012 verstarben insgesamt 26.253 Menschen, die beruflich mit Asbest Umgang hatten. Die meisten dieser Todesfälle sind auf Krebserkrankungen zurückzuführen. Ein geringer Teil ist durch Asbestosen (Lungengewebserkrankungen) bedingt. Die Kosten für die medizinische Versorgung und Rentenzahlung für Asbestkranke und deren Angehörige lag zwischen 1990 und 2012 bei etwa 6,1 Milliarden Euro. In den kommenden Jahren werden sie voraussichtlich noch auf bis zu 10 Milliarden Euro ansteigen.



Schuppenruine in verlassener Gartensparte

### Was ist das „Risikobezogene Maßnahmenkonzept für Tätigkeiten mit krebserzeugenden Gefahrstoffen“?

Dieses Konzept wurde mit der Bekanntmachung für Gefahrstoffe 910 (jetzt TRGS 910) eingeführt. Es legt Risikowerte für Asbeststaub beziehungsweise Akzeptanz- und Toleranzschwellen bezogen auf eine mittlere Expositionszeit von 40 Arbeitsjahren fest. Die Akzeptanzschwelle liegt bei einer Konzentration von 10.000 Fasern/m<sup>3</sup>, die Toleranzschwelle bei einer Konzentration von 100.000 Fasern/m<sup>3</sup>. Diese Werte sind aufgrund der hohen Gefahr, die beim Einatmen asbesthaltiger Stäube besteht, relativ niedrig angesetzt. Zum Verständnis: Unterhalb von 10.000 Fasern/m<sup>3</sup> werden alle Tätigkeiten mit geringer Exposition sowie die anerkannten Verfahren mit geringer Exposition eingeordnet, oberhalb von 100.000 Fasern/m<sup>3</sup> alle Abbruchtätigkeiten an asbesthaltigen Produkten. Allerdings treten bei Abbrucharbeiten auch Faserkonzentrationen von vier bis sechs Millionen Fasern/m<sup>3</sup> häufig auf. Dann sind besondere Schutzmaßnahmen unbedingt einzuhalten.

### Wie sieht der Asbest-Bestand in Sachsen-Anhalt gegenwärtig aus?

In Deutschland gab es ab Mitte der 90-er Jahre einige Wellen von Asbestsanierungen. Hierbei wurden vor allem in öffentlichen Gebäuden schwach gebundene Produkte aus den Innenräumen entfernt: Wand- und Deckenverkleidungen, Brandschutzplatten, Lüftungsschächte und Spritzasbestbeschichtungen. Als Folge dieser umfangreichen Sa-

nierungs- und Abbruchmaßnahmen verschwanden dann die asbesthaltigen Bauprodukte als Gefahrenquelle aus der öffentlichen Wahrnehmung. Seit etwa fünf Jahren ist die Asbestproblematik allerdings wieder ein großes Thema. Gründe dafür sind unter anderem der unsachgemäße Umgang mit asbesthaltigen Fußbodenbelägen (Flor-Flex-Platten oder Cushion-Vinyl-Beläge mit Asbestfilz im Belagsrücken sowie die dazugehörigen Belagskleber). Auch das erst vor wenigen Jahren neu entdeckte gehäufte Vorkommen von Asbestfasern in Wandputzen und -flächen spachteln sorgt dafür, dass das Thema Asbest in der öffentlichen Wahrnehmung präsent ist.

### Wo sind die meisten Asbestfundstellen zu verzeichnen?

Hauptsächlich in den alten Bundesländern und im ehemaligen Westberlin. In den neuen Bundesländern sind dagegen asbesthaltige Produkte vor allem noch in Industriebrachen, in ehemaligen Kasernen und in verlassenen Kleingartensparten ein Problem. Die asbesthaltigen Produkte sind meist mechanisch oder durch Brandgeschehen zerstört. Dadurch sind viele Bruchkanten und -flächen entstanden, von denen Asbestfasern sehr leicht abgetragen werden können.

### Warum stellen in den neuen Bundesländern Plattenbauten ein besonderes Problem dar?

Bei 60 Prozent aller Plattenbauten kam der asbesthaltige Fugenkitt MORINOL zum Einsatz. Er wurde bis 1984

hergestellt. Seither sind 30 Jahre vergangen. Im Laufe der Zeit ist vielerorts die Oberfläche des Kittes spröde geworden. Aus ihr ragen Asbestfaserbündel heraus, die sich leicht abtragen lassen. Hinsichtlich der Fassadengestaltung der Plattenbauten gibt es nun ein paar eher fragwürdige Projekte. Sie sehen beispielsweise vor, den asbesthaltigen Fugenkitt mit einem Wärmeverbundsystem zu überdecken. Aber: Das Problem der Beseitigung ließe sich auf diese Weise nur verschieben. Entfernte man in 20 bis 30 Jahren das Fugenmaterial, würde man mit einem noch nicht vorhersehbaren Alterungszustand des asbesthaltigen Fugenkittes konfrontiert werden.

### **Welche Aufgabe kommt dem Fachbereich Arbeitsschutz zu, wenn es um das Thema Asbest geht?**

Die Aufsichtsbehörde wird zum Beispiel bei Abbruch- und Sanierungsmaßnahmen zu Rate gezogen, wenn unklar ist, ob in dem betreffenden Gebäude Asbest verbaut wurde. Hierbei wenden sich die Bau- und Abbruchunternehmen, aber auch Kommunen an die Behörde. Sind nach einem Hochwasser Gebäude mit Asbest in einem kritischen Zustand, arbeitet die Aufsichtsbehörde auch mit Umweltschutzbehörden zusammen. Darüber hinaus überprüfen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ob und inwieweit die Beschäftigten auf der Baustelle über ausreichend Sachkunde beim Umgang mit Asbest verfügen und ob die Geräte, die dort zum Einsatz kommen, über eine entsprechende Zulassung verfügen. Generell müssen Arbeiten an Gebäuden, in denen Asbest verbaut wurde, immer sieben Tage vor Beginn der Arbeiten bei der Behörde angezeigt werden.

### **Was konkret hat die Aufsichtsbehörde im Berichtsjahr 2014 ermittelt?**

Im Laufe des Jahres 2014 haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesmessstelle für Gefahrstoffe und Physikalische Schadfaktoren einige Revisionen in Industriebranchen und Gebäuderuinen durchgeführt. Insgesamt

wurden zirka 50 bis 60 Baustellen besucht. Zudem wurden Schäden an MORINOL-Fugen von Plattenbauten begutachtet. Der Anblick war dabei mitunter erschreckend. Vor allem in zahlreichen Industriebrachen und in den ehemaligen Kasernen herrschten mitunter enorme Verwüstungen und chaotische Zustände. Die Gebäude waren größtenteils zerstört, überall lagen Bruchstücke von Asbestzementplatten herum. Durch mechanische Zerstörungen und Brände sind sehr viele poröse Asbestzementoberflächen entstanden, von denen Fasern schon beim geringsten Luftzug fortgeweht werden können. Es ist davon auszugehen, dass im Umfeld solcher Objekte eine Faserkonzentration anzutreffen ist, die oberhalb der festgelegten Akzeptanzkonzentration liegen könnte.

### **Wie ist mit diesem Problem am besten umzugehen?**

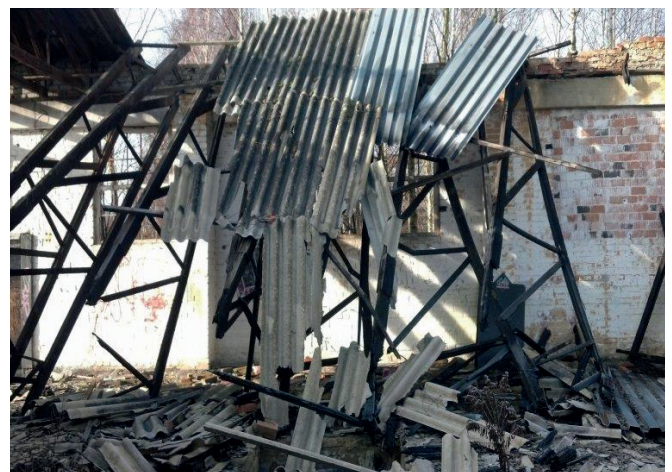
Das Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt ist überzeugt, dass für die Beseitigung dieser Emissionsquellen von Asbestfeldern mehr Anstrengungen unternommen werden müssen. Die Gefahr, die von solchen Emissionsquellen für die Gesundheit der Bevölkerung ausgeht, sollte nicht unterschätzt und vor allen Dingen auch nicht ignoriert werden.



Asbestzementbruch/ehemaliges Asbestzementwerk



Zerstörte Asbestzement-Fassadenverkleidung



Ehemalige Kaserne nach Brandschaden

# SPURENSUCHE IM MIKROSKOPISCHEN BEREICH

Asbestfasern sind mikroskopisch-klein und galten noch vor 40 Jahren als „Wunderfaser“ aufgrund der großen Festigkeit, Hitze- sowie Säurebeständigkeit. Durch verschiedene Einflüsse werden bei asbesthaltigen Materialien Asbestfasern freigesetzt. Die Asbestfasern können durch das Atemwegssystem des Menschen bis in die Lunge vordringen. Dort besteht die Möglichkeit, dass sie eine Asbestose und/oder Lungenkrebs auslösen, die zum Tod führen können. Seit 2005 gilt ein Herstellungs- und Verwendungsverbot für Asbestprodukte in der Europäischen Union. Für die Erkennung der Altlasten vertraut der Fachbereich 5 – Arbeitsschutz des Landesamtes für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt auf modernste Technik. So steht in den Räumen der Aufsichtsbehörde in Dessau ein modernes Rasterelektronenmikroskop.

## Sechs unterschiedliche Asbestarten

Es gibt sechs Asbestarten: Aktionolith, Amosit, Anthophyllit, Chrysotil, Krokydololith und Tremolit, wobei Chrysotil in der Vergangenheit am häufigsten verwendet wurde. Diese sind als „krebserzeugend“ eingestuft. Durch unterschiedliche Einflüsse können sich freigesetzte Asbestfasern in der Atemluft befinden. Besonders kritisch sind hierbei Asbestfasern mit einer Faserlänge von größer als 5 µm, einem Durchmesser von kleiner als 3 µm sowie einem Längen-/Durchmesser-Verhältnis von mindestens 3:1. Solche Fasern können bis in die Lungenbläschen gelangen und dort verbleiben. Je nach Expositionsausmaß und -dauer erhöht sich das Risiko für eine Nichttumorerkrankung durch Asbest, eine Asbestose, aber auch für eine Krebserkrankung.

Beschäftigte, die auf Abbruchbaustellen tätig sind, in verfallenen Bauten arbeiten oder Gebäude sanieren, in denen Asbest verbaut wurde, müssen sich diesem Risiko bewusst sein, beziehungsweise darüber umfassend in Kenntnis gesetzt werden. Durch umfangreiche Schutzmaßnahmen soll das Risiko minimiert werden.

## Exakte Analyse

Doch nicht immer ist man sich bei einem Gebäude hundertprozentig sicher, ob dort eine versteckte Gefahr wie z. B. durch Asbest lauert. Für Klarheit kann hier erst eine exakte Analyse mittels Rasterelektronenmikroskop sorgen. Ein solches Gerät kommt auch im Landesamt für

Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt seit vielen Jahren zum Einsatz. Nur wenige Arbeitsschutzbehörden bzw. Gewerbeaufsichtsämter in Deutschland verfügen über ein Rasterelektronenmikroskop, um damit Asbest oder andere Stoffe zu analysieren. Somit nimmt die Aufsichtsbehörde des Landesamtes für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt hier eine gewisse Sonderrolle ein. Eine Investition, die sich bereits in vielfacher Weise ausgezahlt hat. Wie auch in anderen Bundesländern ist in Sachsen-Anhalt Asbest nach wie vor ein großes Thema. Immer wieder treten Bauunternehmen oder auch Kommunen an die Behörde heran, da sie sich im Rahmen einer Sanierungsmaßnahme oder eines Abbruchs fragen: Wurde in dem betreffenden Gebäude Asbest verbaut? Für den Laien ist eine Asbestfaser mit dem bloßen Auge nicht zu erkennen.

## Vollzugsunterstützend

Für ein Bauunternehmen oder eine Kommune ist es von immenser Bedeutung, ob in einem Gebäude derlei „Altlasten“ schlummern. Die damit verbundenen Schutzvorkehrungen und Sicherheitsmaßnahmen lassen die Kosten für Sanierungsmaßnahmen und Abbrucharbeiten steigen. Der Schutz der Gesundheit von Beschäftigten und Dritter sowie die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften stehen für die Aufsichtsbehörden im Vordergrund. Vor-Ort-Besichtigungen und Materialprobenahmen der Aufsichtsbehörde bilden die Grundlage zur Prüfung der vorgelegten Arbeitspläne vom Bauträger oder nötiger Maßnahmen auf den Baustellen. Natürlich gibt es in Deutschland eine



Mineraloberfläche im REM, 250-fach vergrößert



Asbestzementabsplitterung (Brandschaden) im Digital-Lichtmikroskop, 50-fach vergrößert

Vielzahl von anderen Stellen, die ähnliche Analysen anbieten. Viele Einrichtungen machen sich ebenfalls die Vorzüge der Rasterelektronenmikroskopie zunutze. Die Analyse der Materialproben sowie die Auswertung der Ergebnisse vom Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt sind vollzugsunterstützend für die Aufsichtsdezernate (Gewerbeaufsichtsämter). Aufgrund kurzer Kommunikationswege und der schnelleren Materialanalyse wird somit für Sachsen-Anhalt das rationelle Verwaltungshandeln der Aufsichtsbehörde sichergestellt.

### Rasterelektronenmikroskop

Aber wie funktioniert eigentlich ein Rasterelektronenmikroskop (REM)? Hierbei wird ein Elektronenstrahl in einem bestimmten Muster über das vergrößert abzubildende Objekt, meist im Vakuum, geführt. Die Wechselwirkungen der Elektronen mit dem Objekt werden zur Erzeugung eines Bildes des Objekts genutzt. Zudem hat die Rasterelektronenmikroskopie Vorteile gegenüber der traditionellen Lichtmikroskopie sowie anderen Untersuchungsmöglichkeiten. Die wichtigsten hierbei sind: das erhöhte Auflösungsvermögen, die hohe Schärfentiefe, der relativ geringe präparative Aufwand sowie die Materialanalyse. Zudem eröffnet das Rasterelektronenmikroskop dem Betrachter völlig neue Perspektiven. Es lässt ihn in die mikroskopische Welt der Fasern, Stäube und Feinstrukturen eintauchen. Mithilfe eines solchen Gerätes lassen sich Asbestfasern standardmäßig bis auf das 10.000-fache vergrößern. Durch die charakteristische Röntgenstrahlung lassen sich die chemischen Elemente einer Materialprobe bestimmen. Für Asbest sind folgende Elemente charakteristisch: Silicium, Magnesium, Eisen, Calcium, Natrium, Mangan und Sauerstoff. Ihr Verhältnis gibt Auskunft darüber, um welche Art von Asbest es sich handelt.

### Viel Erfahrung und Wissen nötig

In jedem Fall sind ein umfangreiches Vorwissen und eine hohe Berufserfahrung notwendig, um Asbestfasern zu erkennen und genau zu bestimmen. Daher arbeiten in der Messstelle in Dessau auch ein Physiker sowie andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer entsprechenden Ausbildung. Denn nur wenn man ganz genau weiß, wonach man suchen muss und auch die Handhabung der komplexen Elektronenmikroskop-Technologie beherrscht, bleibt man auf der Spur des Asbests.

# WIRKEN „ANZIEHENDE“ PRODUKTE WIRKLICH?

Viele Menschen glauben, Magnete können Krankheiten heilen und Schmerzen lindern. Und so boomt der Markt mit Matratzenauflagen, Pflastern und anderen Produkten, die aufgrund ihrer magnetischen Eigenschaften positive Auswirkungen auf die Gesundheit des Menschen haben sollen. Doch die Wissenschaft hegt nach wie vor Zweifel, ob Magnete wirklich eine heilende Wirkung haben, wenngleich es auch immer wieder Stimmen gibt, die dies grundsätzlich für möglich halten. Auch das Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt hatte im Berichtsjahr 2014 mit zwei Fällen zu tun, in denen magnetische Produkte mit angeblich gesundheitsfördernder Wirkung im Mittelpunkt standen.

## Medizinproduktegesetz als Grundlage

Eine Aufgabe des Landesamts für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt ist es, Medizinprodukte in Sachsen-Anhalt zu überwachen. Gemäß § 26 Absatz 2 des Medizinproduktegesetzes (MPG) muss sich die Behörde davon überzeugen, dass die Vorschriften über Medizinprodukte sowie die Werbung auf dem Gebiet des Heilwesens – Heilmittelwerbe-gesetz (HWG) – beachtet werden. So prüft die Aufsichtsbehörde in angemessenem Umfang, ob die Voraussetzungen zum Verkauf und Vertrieb, zur Inbetriebnahme, zum Errichten, Betreiben und Anwenden erfüllt sind. Mögliche Risiken werden dabei besonders berücksichtigt. Im Jahr 2014 nahm die Aufsichtsbehörde einen Koffer mit Magnetpflaster sowie eine Matratzenauflage genauer in Augenschein.

## Ein Koffer mit 90 Magnetpflastern

Beim ersten Gegenstand der Untersuchungen handelte es sich um einen blauen Plastikkoffer mit 90 Magnetpflastern. Ihm lagen eine entsprechende Gebrauchsanweisung sowie eine Preisgarantiekarte bei. Die Pflaster waren handelsübliche Produkte, wie sie auch bei verschiedenen Internethändlern zu beziehen sind. Im Zentrum der kreisrunden Heftpflaster – sie wiesen einen Durchmesser von 22 Millimetern auf – klebte ein linsenförmiger Dauermagnet.

Die Magnetpflaster waren zu zehn Stück auf einen Papierträger aufgeklebt. Dieser Papierträger trug eine Aufschrift. Dabei handelte es sich um den Namen des Produktes,

der durchaus an ein Medizinprodukt erinnerte. Unter dem Obermaterial – eine sehr dünne Goldschicht – befand sich ein stark eisenhaltiges magnetisches Material. Die Magnetpflaster waren hautfarben und erinnerten an gewöhnliche Heftpflaster.

## Äskulapssymbol auf dem Kofferdeckel

Auf dem Deckel des blauen Koffers klebte ein rechteckiges Papierstück. Es zeigte zwei stilisierte Schlangen, Flügel sowie einen Stab oder ein Schwert. Die Grafik erinnerte deutlich an den Äskulapstab, das Symbol des ärztlichen und pharmazeutischen Standes. Das Innere des Kofferchens war mit schwarzem Schaumstoff ausgepolstert. Der Schaumstoff war entsprechend ausgeschnitten, sodass die Magnetpflaster dort platziert werden konnten. Beschriftungen oder Kennzeichnungen waren nicht vorhanden.

Bei der beiliegenden Gebrauchsanweisung handelte es sich um ein Blatt gewöhnliches Kopierpapier. Neben der Art der Anwendung sowie der Dauer der Therapie gab es dort auch den Hinweis, dass das Produkt keinerlei Neben- oder Wechselwirkungen hat: Es handele sich um kein Medikament, sondern um einen körpereigenen Wirkstoff. Die beiliegende Preisgarantiekarte trug dasselbe Symbol wie der blaue Koffer. Sie war mit „Die Nobelpreisstudie“ und „Preisgarantiekarte“, auf der Rückseite zudem mit der roten Aufschrift „4598 Euro“ beschriftet.

Im Rahmen ihrer Untersuchungen nahm die Aufsichtsbehörde eine rechtliche Bewertung des Produktes vor. Sie kam zu dem Schluss: Es handelt sich um Magnetpflaster, das heißt auf Heftpflaster geklebte Dauermagnete, die mittels der Heftpflaster auf der Haut fixiert werden.

### Medizinprodukt – ja oder nein?

Doch wer bestimmt eigentlich, ob ein Produkt ein Medizinprodukt ist oder nicht? Die Definition liefert § 3 Nr. 1 des MPG. Wichtig ist hierbei die Zweckbestimmung. Diese ergibt sich ausschließlich aus der Kennzeichnung, der Gebrauchsanweisung oder den Werbematerialien.

Bei dem begutachteten Produkt lag eine „Gebrauchsanweisung“ vor. Die Preisgarantiekarte konnte durchaus als Werbematerial angesehen werden. Begriffe mit gesundheitlicher beziehungsweise wissenschaftlicher Bedeutung wie zum Beispiel Wirkstoff, Wirkstoffträger, Neben- oder Wechselwirkungen suggerierten dabei eine gesundheitliche Wirkung. Besonders das Wort „Therapie“ deutete dabei auf eine medizinische Zweckbestimmung hin. Denn der Begriff bezeichnet in der Medizin, Zahnmedizin und Psychotherapie die Maßnahmen zur Behandlung von Krankheiten und Verletzungen. So stand für die Aufsichtsbehörde eindeutig fest: Mittels der verwendeten Wörter wurde eine medizinische Zweckbestimmung beansprucht.

### Grundlegende Anforderungen müssen erfüllt werden

Medizinprodukte dürfen in Deutschland nur verkauft werden, wenn die grundlegenden Anforderungen nach §7 MPG erfüllt sind. Zudem muss ein für das jeweilige Medizinprodukt vorgeschriebenes Konformitätsbewertungsverfahren durchgeführt werden. Bestandteil dieses Verfahrens ist die klinische Bewertung nach §19 MPG. Die Bewertung belegt, ob Medizinprodukte für den vorgesehenen Anwendungszweck geeignet sind. Dabei schließt sie die Beurteilung von unerwünschten Wirkungen sowie die Annehmbarkeit des in den grundlegenden Anforderungen genannten Nutzen-Risiko-Verhältnisses ein. Entsprechen-

de Unterlagen zu einer Konformitätsbewertung, welche die Magnetpflaster betrafen, konnten jedoch nicht vorgelegt werden. Zudem gab es auch keine CE-Kennzeichnung. Diese Tatsache legte nahe, dass eine solche Bewertung nicht stattgefunden hat.

### Anwendung von Dauermagneten eher kritisch

Die Anwendung von Dauermagneten am menschlichen Körper wird insgesamt eher kritisch betrachtet. Eine positive gesundheitliche Wirkung durch statische Magnetfelder ist nicht belegt. Im Gegenteil: Die Richtlinie 2013/35/EU des Europäischen Parlaments und Rates vom 26. Juni 2013 über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (elektromagnetische Felder) (20. Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/40/EG schreibt konkrete Grenzwerte vor. So beträgt die Auslöseschwelle ( $B_0$ ) für die magnetische Flussdichte statischer magnetischer Felder für die Beeinflussung von implantierten aktiven Geräten, zum Beispiel Herzschrittmachern,  $500 \mu T$  ( $= 0,5 \text{ mT}$ ). Bei den untersuchten Magnetpflastern betrug die Flussdichte jedoch  $42,7 \text{ mT}$ . Damit überschreitet sie den Grenzwert deutlich.



Plastikkoffer



Magnetpflaster

## Gebrauchsanweisung insgesamt irreführend

Für die Aufsichtsbehörde stand fest: Die sogenannte Gebrauchsanweisung ist insgesamt irreführend. Sie erfüllte in keiner Weise die Anforderungen an die Gebrauchsanweisung eines Medizinprodukts, die in Anhang I N. 13 der Richtlinie über Medizinprodukte festgelegt sind. Es fehlten alle notwendigen Informationen für den Anwender. Sie müssen dem Produkt in jedem Fall beiliegen. Vor allem gab es auch keinen Hinweis auf Gegenanzeigen. Neben- oder Wechselwirkungen wurden sogar geleugnet. Nach Meinung der Aufsichtsbehörde ist jedoch ein Hinweis für Träger von Herzschrittmachern oder ein Hinweis auf mögliche Allergien zwingend notwendig. Kurzum: Laut §3 Heilmittelwerbegesetzes (HWG) handelte es sich eindeutig um irreführende Werbung. Aus diesem Grund wurde gegen den Inverkehrbringer der Magnetpflaster ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

## Auch Matratzenauflage auf dem Prüfstand

Die Mitarbeiter des Landesamts für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt nahmen im Berichtsjahr ein weiteres Produkt unter die Lupe, das mit magnetischen Eigenschaften angeboten wurde. Hierbei handelte es sich um eine Matratzenauflage, im Handel auch „Topper“ genannt. Die Auflage hatte eine Fläche von 90 mal 200 Zentimetern. Ihre Dicke betrug sechs Zentimeter. Die Oberseite bestand gemäß Aufschrift aus Schafwolle. Eine Untersuchung mit einem Rasterelektronenmikroskop ergab, dass es sich auf jeden Fall um Naturfasern handelte.

Unter der Deckschicht befanden sich fünf dunkle kreisförmige Scheiben mit einem Durchmesser von zirka 20 Zentimetern sowie elf ovale Scheiben mit den Maßen 10 mal 5 Zentimeter. Die Scheiben waren 0,5 Zentimeter dick. Eine mikroskopische Untersuchung samt Röntgen-Mikroanalyse ergab, dass es sich um schwarze, eisenhaltige und magnetische PVC-Folien handelte. Diese magnetischen Scheiben konnten als sehr flache Stabmagnete angesehen werden. Ihre durchschnittliche magnetische Flussdichte betrug auf der Oberseite zirka 700 Mikrottesla ( $\mu\text{T}$ ). An den Rändern traten höheren Werte auf (bis zu zirka 1.000  $\mu\text{T}$ ). Außerhalb der Scheiben war die Magnetfeldrichtung umgekehrt.

## Etiketten mit Beschriftung und Symbolen

Darüber hinaus wies die Matratzenauflage mehrere Etiketten mit Beschriftungen auf: neben dem Produktnamen, dem Vermerk „5 + 2 Komponenten-Therapie“ und der Abbildung eines Wirbelsäulenabschnittes aus drei Wirbelkörpern mit englischer Beschriftung auch die Beschriftung „Made in Germany“ samt Deutschlandfahne, verschiedene Produktvorteile sowie Hinweise zu den verwendeten Materialien und Pflegeanleitungen. Zudem gab es eine Seitenbeschriftung mit den Symbolen „Jin-Jang“, einem

weißen Kreuz auf schwarzem Untergrund sowie der Abbildung des menschlichen Körpers von Leonardo Da Vinci.

## Per Gesetz kein medizinisches Produkt

Wie bei den eingangs erwähnten Magnetpflastern entscheidet auch hier §3 Nr. 1 MPG, ob es sich um ein Medizinprodukt handelt. Maßgeblich sind hier ebenfalls die medizinische Zweckbestimmung sowie die Kriterien Kennzeichnung, Gebrauchsanweisung und Werbematerialien.

Die untersuchte Matratzenauflage wurde ohne Gebrauchsanweisung angeboten. Der „Preis-Garantie-Pass“ sowie eine beiliegende „Urkunde“ konnten als Werbematerialien angesehen werden. Zahlreiche positiv besetzte Wörter – darunter unter anderem Begriffe wie Bio, med, Therapie – sowie Symbole sollten eine medizinische Wirkung suggerieren. Das Wort „Therapie“ in „Bio-Resonanz-Therapie“ und in „5 + 2 Komponenten-Therapie“ suggerierte eindeutig eine medizinische Zweckbestimmung. Das Kürzel „med“ ist selbsterklärend.



Matratzenauflage

Für die Aufsichtsbehörde stand außer Frage, dass auch bei der Matratzenauflage der Tatbestand der irreführenden Werbung zutrifft. Denn hier wurde ganz klar ein Anspruch auf gesundheitliche Wirkung erhoben. Dies belegten zum Beispiel die Aufschriften auf den Etiketten. Durch sie war eine medizinische Zweckbestimmung gegeben. Insgesamt bewertete die Behörde die Ausstattung der Matratzenauflage mit magnetischen Scheiben als kritisch – nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass auch hier die magnetische Flussdichte deutlich höher war als der vorgegebene Grenzwert. Gegen den Inverkehrbringer wurde Strafanzeige gestellt.

# Wie sicher sind Kinderfahrräder?

Für unsere Kinder ist es das Größte, wenn Sie vom Laufrad oder Tretauto auf das Fahrrad umsteigen können. Selbst wenn anfangs noch Stützräder zusätzliche Sicherheit geben, genießen die Kleinen doch das neue Gefühl, bei den Großen „mitzuspielen“. Dass die Eltern beim Kauf eines Kinderfahrrades Wert auf ein Höchstmaß an Sicherheit legen, versteht sich von selbst. Doch: Wie sicher sind Kinderfahrräder eigentlich wirklich? Der Fachbereich 5 – Arbeitsschutz des Landesamtes für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt wollte es genau wissen und führte 2014 eine betreffende Marktüberwachungsaktion durch.

## Gefahrenquelle „unsichere Kinderfahrräder“

Laut Aussage der Europäischen Kommission können Kinderräder, falls sie nicht sicher sind, insbesondere bei Stürzen zu schweren Verletzungen der Kinder an Kopf, Brust, Bauch und Gliedmaßen führen. Zudem würden junge Radfahrer häufiger stürzen, weil sie den Umgang mit dem Fahrrad erst erlernen, und ihre motorischen Fähigkeiten noch entwickeln müssten. Laut der Verletzungsdatenbank IDB (Injury Data Base 2006–2008) waren 37 Prozent derjenigen, die sich in diesem Zeitraum mit dem Fahrrad Verletzungen zugezogen haben, Kinder zwischen fünf und neun Jahren. Nicht zuletzt aufgrund dieser Tatsache hat sich die Aufsichtsbehörde des Landes Sachsen-Anhalts im Jahr 2014 dazu entschlossen, eine Aktion zur Überwachung des Marktes nach dem Produktsicherheitsgesetz durchzuführen. Gegenstand der Kontrollen: Kinderfahrräder.

## Produktsicherheitsgesetz greift

Als Kinderfahrrad zählt jedes Fahrrad mit einer maximalen Sattelhöhe von mehr als 435 Millimetern und weniger als 635 Millimeter, das für Fahrer mit einem mittleren Gewicht von 30 Kilogramm vorgesehen ist. In Deutschland regelt das Produktsicherheitsgesetz (ProdSG) die Sicherheitsanforderungen an Produkte, einschließlich Verbraucherprodukte, und somit auch an Kinderfahrräder. Das Gesetz ist primär an Hersteller, Importeure und Händler von zum Beispiel elektrischen Geräten, Spielzeug, Gasverbrauchseinrichtungen, persönlichen Schutzausrüstungen, Maschinen und Druckgeräten adressiert. Es besagt: Ein Produkt darf nur in den Markt gebracht und verkauft werden, wenn es bei bestimmungsgemäßer oder vorhersehbarer Verwendung die Sicherheit und Gesundheit von Personen nicht gefährdet, also die gestellten Sicherheitsvorkehrungen und gegebenenfalls formalen Anforderungen erfüllt.

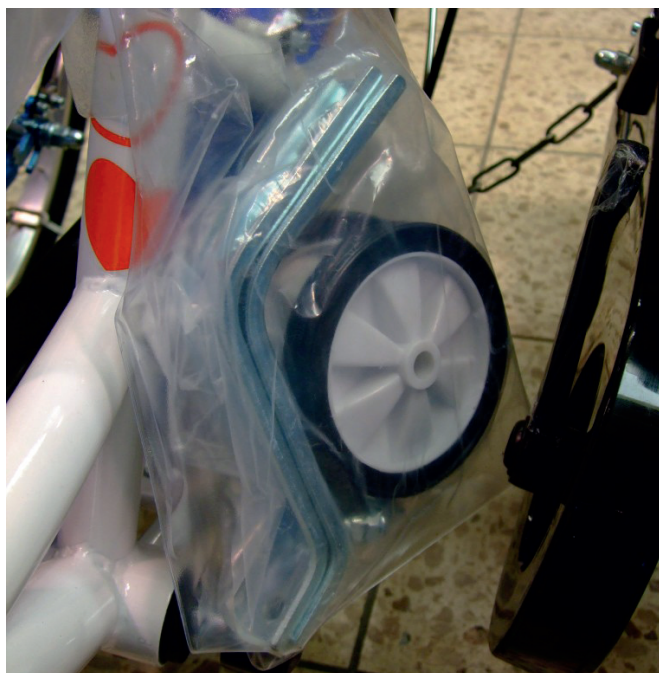
Insbesondere bei Kinderfahrrädern gelten hier konkrete Vorgaben. Diese waren in der DIN EN 14765 zu finden. Sie war im Jahr 2014 auch Grundlage für die Marktüberwachung der Gewerbeaufsicht. Heute gilt anstelle der DIN EN 14765 die DIN EN ISO 8098.

## Fachbereich Arbeitsschutz erstellte Prüfliste

Doch wie wurde die groß angelegte Marktüberwachung in Sachsen-Anhalt durchgeführt? In einem ersten Schritt erstellte der Fachbereich Arbeitsschutz des Landesamtes für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt eine Prüfliste. Sie half den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Aufsichtsbehörde dabei, die Kinderfahrräder anhand konkreter Kriterien sicherheitstechnisch zu begutachten und zu bewerten. Mithilfe der Liste – sie enthält Festlegungen aus dem Produktsicherheitsgesetz und der DIN EN 14765 – wurden verschiedene Fragen abgeklärt, zum Beispiel:

- Sind der Name und die Kontaktanschrift des Herstellers angegeben?
- Liegt dem Fahrrad eine Gebrauchsanleitung in deutscher Sprache bei?
- Enthält diese Gebrauchsanleitung eine Warnung über die Gefahren einer unsachgemäßen Nutzung?
- Wird unzulässiger Weise eine Schnellspannvorrichtung genutzt?
- Ist das Fahrrad mit zwei unabhängigen Bremsen ausgestattet?

Neben diesen und zahlreichen weiteren eher allgemeinen Punkten gab es auch zusätzliche Parameter für Kinderfahrräder mit Stützrädern, etwa zu deren sachgemäßer Montage, Einstellung und Demontage sowie einen Hinweis zu deren Risiken. Unterstützt wurde die Aufsichtsbehörde des Landes Sachsen-Anhalt bei ihren Vorbereitungen von



Kinderfahrrad mit Stützrädern

der Arbeitsschutzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie hatte bereits zuvor eine ähnliche Aktion durchgeführt.

### Revisionen bei 39 Unternehmen

Insgesamt nahm die Arbeitsschutzverwaltung 39 Unternehmen beziehungsweise Händler, die Kinderfahrräder verkaufen, unter die Lupe. Dabei wurden 50 im Wesentlichen unterschiedliche Kinderfahrräder überprüft. Bei 37 von ihnen handelte es sich um Fahrräder mit Stützrädern. Unter den Kinderrädern, die auf den Prüfstand gestellt wurden, waren auch Produkte namhafter Hersteller.

### Sicherheitsmängel an 42 Prozent der Kinderfahrräder

Bei den Prüfungen wurden an 23 Fahrrädern Mängel entdeckt. 13 Fahrräder wiesen ausschließlich Sicherheitsmängel auf. Bei acht Fahrrädern haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Aufsichtsbehörde sowohl Sicherheitsmängel als auch formale Mängel festgestellt, bei zwei Fahrrädern ausschließlich formale Mängel. Bei diesen Fahrrädern waren der Name beziehungsweise die Kontaktanschrift des Herstellers nicht angegeben. Sicherheitsmängel wurden also bei 42 Prozent der 50 Kinderfahrräder ermittelt, die anhand der Prüfliste kontrolliert worden sind.

### Festlegungen nach ProdSG wurden nicht erfüllt

Die häufigsten Mängel resultierten daraus, dass folgende, im Produktsicherheitsgesetz und/oder in der DIN EN 14765 getroffenen Festlegungen nicht erfüllt waren:

- Dem Kinderfahrrad muss eine Gebrauchsanleitung in deutscher Sprache beiliegen.
- In dieser Gebrauchsanleitung muss es Hinweise dazu geben, dass die Eltern oder Betreuer die Kinder über die sichere Benutzung der Bremsen aufklären.
- Die Gebrauchsanleitung zum Kinderfahrrad mit Stützrädern muss Angaben zu richtigen Montage, Einstellung und Demontage der Stützräder enthalten. Zudem muss sie über mögliche Risiken informieren.
- Die Verwendung von Schnellspannvorrichtungen am Kinderfahrrad ist nicht zulässig.
- Es müssen Angaben zum Namen und zur Kontaktanschrift des Herstellers oder – sofern dieser nicht im Europäischen Wirtschaftsraum ansässig ist – des Bevollmächtigten oder des Einführers vorhanden sein.

Nachdem die Mängel festgestellt wurden, forderten die Verantwortlichen des Fachbereichs Arbeitsschutz die Hersteller der Kinderfahrräder schriftlich dazu auf, diese zu beseitigen.

### Wichtiger Beitrag zur Sicherheit

Mit seiner Marktüberwachungsaktion hat der Fachbereich Arbeitsschutz des Landesamtes für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt einen wichtigen Beitrag zur Produktsicherheit insbesondere bei Kinderfahrrädern geleistet. Die Aufsichtsbehörde sorgte dafür, dass die Händler in Zusammenarbeit mit den Herstellern die Mängel beseitigten. Ein Fahrrad musste allerdings im wortwörtlichen Sinne des Wortes aus dem Verkehr gezogen werden. Da bei ihm zum Beispiel die Bremsen nicht richtig funktionierten, stellte es ein erhebliches Risiko für die Gesundheit der Kinder dar. Ergänzend wurden die Händler von der Arbeitsschutzverwaltung umfassend zur Sicherheit von Kinderfahrrädern beraten. Eine sinnvolle und vor allen Dingen auch erforderliche Maßnahmen: Wie sich zeigte, waren die Kenntnisse der Händler in puncto Produktsicherheit oft sehr lückenhaft.



Kinderfahrrad ohne Stützräder

# EINE GEFRAGTE FACHFRAU

Ulrike Kalfa ist Dezernatsleiterin des Dezernat 54 – Gewerbeaufsicht Ost des Landesamtes für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt. Ihr Zuständigkeitsgebiet liegt im östlichen Teil Sachsen-Anhalts. Es erstreckt sich von Holzdorf bis Bernburg beziehungsweise von Zerbst bis hinunter nach Bitterfeld. Seit November 2011 ist sie Leiterin des Dezernats. Für die Gewerbeaufsicht ist sie jedoch bereits seit 1990 im Einsatz. Wir haben mit ihr über Ihre Aufgaben gesprochen.

## Von der Arbeitshygiene zur Gewerbeaufsicht

Bevor Ulrike Kalfa in Dessau Dezernatsleiterin des Dezernats 54 wurde, absolvierte sie ein Studium der Baustoffverfahrenstechnik und arbeitete im „Institut für Zement“. Dort war sie dreizehn Jahre in der Forschung tätig. „Ich habe allerdings nicht Zement erforscht“, so Ulrike Kalfa, „sondern war in der Umweltschutzabteilung tätig. Dort führte ich Messungen durch, sowohl in der Umgebung von Zement-Kalk- und Mineralwollewerken als auch direkt an den Arbeitsplätzen.“ 1988 wechselte sie zum Bereich Arbeitshygiene. „Eine gute Entscheidung“, wie sie bekräftigt. 1990 entstand aus der Arbeitshygiene, der technischen Überwachung und der Arbeitsschutzinspektion die Gewerbeaufsicht und Ulrike Kalfa ist nahtlos übergewechselt.

## Leiten und Führen auf der Tagesordnung

Als Dezernatsleiterin hat Ulrike Kalfa heute einiges zu tun. „Aber leider nicht mehr so viel mit dem Außendienst“, wie sie vielleicht ein bisschen wehmütig zugibt. „Vor meiner Zeit als Dezernatsleiterin war ich Abteilungsleiterin und dann Sachgebietsleiterin. Hier wurden mir ganz bestimmte Betriebe zugeordnet. Ich habe häufig Außendiensttermine wahrgenommen, kontrollierte die Betriebe und hatte auch Spezialgebiete zu betreuen, etwa Asbest, toxische Stäube oder auch die Einhaltung der Arbeitszeiten. Das waren meine Fachlasten, in denen ich auch als Beraterin für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dezernates fungierte. Als Dezernatsleiterin muss man sich leider davon trennen“, erklärt Ulrike Kalfa. Jetzt stehen eher Leitungs- und Führungsaufgaben auf der Tagesordnung. Lediglich in ganz bestimmten Problemstellungen hat sie die Möglichkeit, sich einzuschalten, beispielweise wenn mit dem Ministerium oder der Staatsanwaltschaft zusammengearbeitet wird. „Hier behalte ich mir vor, bei den Beratungen dabei zu sein“, erklärt sie, „und treffe dann auch die entsprechenden Entscheidungen.“

Einsätze vor Ort nimmt sie nur noch gelegentlich wahr. „Das habe ich sehr viele Jahre zuvor gemacht. Und natürlich ist der Sach- und Fachverstand nicht ganz verschwunden. Ich versuche, mich hier so gut es geht auf dem Laufenden zu halten. Denn gerade zu den Problemfeldern Asbest, Mineralwolle oder auch Arbeitszeit werde ich immer wieder einmal hinzugezogen.“

Bei besonders diffizilen Themen finden die Gespräche und Beratungen allerdings eher in den Räumen der Behörde statt. „Es ist wichtig, dass man als Dezernatsleiterin das letzte Wort hat und die finale Entscheidung trifft“, bekräftigt Ulrike Kalfa. Wesentlich findet sie zudem, sich auch vor seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu stellen und ihnen eine gewisse Unterstützung zu geben. Sozusagen Rückendeckung.

## Auf dem Bau Erfahrungen gesammelt

Mittlerweile erledigt Ulrike Kalfa 90 Prozent ihrer täglichen Aufgaben an ihrem Schreibtisch. Die restlichen zehn Prozent geben ihr die Möglichkeit, Außentermine wahr zu nehmen. Zum Beispiel wenn es um eine zusätzliche Meinung bei der Gefahrstoffkontrolle geht – hier ist zurzeit Asbest ein Thema – oder Fragestellungen zu Arbeitszeitregelungen geklärt werden müssen. „Gerade hierbei ist es in der Regel ratsam, sich vor Ort ein eigenes Bild zu verschaffen. Das hilft zu beurteilen, wie die Abläufe im Betrieb organisiert sind“, erklärt Ulrike Kalfa. „Letztlich entwickelt man ein besseres Verständnis dafür, warum beispielsweise länger gearbeitet werden muss beziehungsweise gearbeitet worden ist.“ Wesentlich sei für sie, dass man dabei beratend tätig wird und etwa dem Geschäftsführer auch durchaus deutlich nahelegt, dass den Angestellten als Ausgleich der ihnen zustehende freie Tag im gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen zu gewähren ist. „Aber“, so Ulrike Kalfa, „eine solche Beratung sollte am besten vor Ort im Betrieb durchgeführt werden. Dort hat man einen ganz anderen Zugang zum jeweiligen Personalverantwortlichen. Denn er erkennt, dass man sich für das Unternehmen interessiert und helfen will.“

## Das richtige Gespür hilft bei der Arbeit

Für Ulrike Kalfa ist die Präsenz vor Ort wichtig, um ein Gespür für Ihr Gegenüber und die Situation im Betrieb zu bekommen. Geben und Nehmen stehen für sie im Mittelpunkt. Aufgrund der Erfahrungen, die sie unter anderem auch auf Großbaustellen und durch den Umgang mit Maschinen sammeln konnte, hatte Ulrike Kalfa bereits während des Studiums eine ganz andere Einstellung. „Viele kannten zum Beispiel das Zementwerk nur vom Blatt Papier. Ich hingegen hatte es schon vor Ort gesehen. Somit bekam ich einen ganz anderen Zugang dazu.“ Sie beschreibt diese Zeit als besonders nützlich für das spätere Studium. Die praktische Arbeit auf Baustellen hat ihr auch letztlich bei der Leitung der Bauabteilung geholfen. „Mit der Zeit eignete man sich einen entsprechenden Ton an. Und wenn man beobachtet, wie jemand in 12 Metern Höhe ohne Sicherung arbeitet, ist man auch schon einmal in der Wortwahl lockerer“, erklärt sie leicht schmunzelnd. „Da fragt man dann durchaus, ob der Betreffende bereits einen Arbeitsvertrag mit einem Zirkus abgeschlossen hat.“ Auf diese Weise hat sich Ulrike Kalfa Respekt verschafft – und das gilt auch heute noch. Etwa, wenn sie auf Fachtagungen eingeladen ist und dort eine der wenigen Frauen unter Männern ist. Hier überzeugt Ulrike Kalfa dann durch ihr Fachwissen. Bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zudem durch ihre soziale Kompetenz.

Ob sie die Außeneinsätze vermisst und gerne öfter den Schreibtisch mit dem Bauhelm tauschen würde? „Ja, würde ich schon ganz gerne, aber wenn ein Berg Arbeit auf dem Schreibtisch liegt und viele Termine auf mich warten, wird das leider nichts.“ Wichtig ist für Ulrike Kalfa aber, dass sie auf jeden Fall und jederzeit weiterhin beratend tätig ist – manchmal auch mit spitzem Zeigefinger. „Aber das hängt von der Situation und den Geschehnissen ab, die passiert sind“, erklärt sie.

## Ansprechpartnerin für das Dezernat

Im Berichtsjahr 2014 war unter anderem auch Asbest ein großes Thema für Ulrike Kalfa. Nicht zuletzt, weil es auch ein Stückweit ihr Hobby ist, dem sie sehr zugetan ist, wie sie zugibt. Allerdings ist diese Thematik nicht ihr Hauptaufgabengebiet. Sie will für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da sein und beratend zur Seite stehen, beispielsweise wenn schwierige Aufgaben anliegen – ein Problem mit einem Altenpflegeheim, schwere Unfälle, komplexe Benachrichtigungen vom TÜV oder der DEKRA oder auch die eventuelle Sperrung von Aufzügen in einem Hotel. „Ich möchte für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da sein, für die letzte Konsequenz der Entscheidungsfindung.“

Für andere da sein. Das ist Ulrike Kalfa wichtig. Und oft auch notwendig. Gerade dann, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihres Dezernats zu einem Unfall gerufen werden. „Wir haben eine Rufnummer, unter der die Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeiter auch psychologisch betreut werden. Manchmal fahre ich auch selber mit raus oder veranlasse, dass zwei Mitarbeiter unterwegs sind“, erklärt sie. Kommt ein Kollege nachts alleine von einem Unfall, kann er Ulrike Kalfa sogar anrufen. Ist der Unfall während dessen Dienstzeit passiert, bittet sie darum, dass der Mitarbeiter nach dem Außentermin zuerst einmal zu ihr kommt, über das vor Ort Gesehene berichtet und erzählt. „Er soll wissen, dass er nicht allein gelassen wird und dass es Hilfestellung gibt. Oft sehe ich bereits an der Mimik, ob jemand psychologische Hilfe benötigt.“ Ulrike Kalfa hat selber etliche tödliche Arbeitsunfälle untersuchen müssen: „Ich werde meinen ersten nie vergessen und war damals unheimlich dankbar, dass ich einen sehr erfahrenen Kollegen an meiner Seite hatte, der mir Hilfestellung gegeben hat. Gerade für unsere jüngeren Kollegen ist so etwas wichtig.“

## Engagiert in der Nachwuchsförderung

Apropos jüngere Kollegen: Seit einigen Jahren ist Ulrike Kalfas Hauptaufgabengebiet die Ausbildung. Sie ist die Ausbildungsstellenleiterin. „Die praktische Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter und Referendarinnen und Referendare läuft bei mir im Dezernat. Ich fertige die Ausbildungspläne an, führe die Belegbeurteilung in der Zweitbeurteilung durch. Ich übernehme die Kontrolle, die Beaufsichtigung und die Gespräche mit den Auszubildenden und nehme letztlich auch die Abschlussprüfung ab. Ich gehöre der Prüfungskommission an und erstelle Themen für die Hausarbeiten und bin damit zeitlich sehr eingebunden.“

Wie in vielen anderen Berufsfeldern hat auch das Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt in gewisser Weise Nachwuchssorgen. „Es ist nicht schwer, Interessenten zu finden. Aber wir bräuchten mehr Naturwissenschaftler. Physiker sind zum Beispiel rar. Dagegen erhalten wir von Chemikern und Bio-Chemikern viele Bewerbungen. Darunter zum Teil auch viele sehr hochqualifizierte Frauen und Männer.“

Dabei ist die Arbeit im Landesamt für Verbraucherschutz eigentlich sehr attraktiv, wie Ulrike Kalfa erklärt – besonders für all jene, die eine Ausbildung mit guten Zukunftsperspektiven anstreben: „Jeder, der bei uns ausgebildet wird und seine Abschlussprüfung erfolgreich abgeschlossen hat – also den theoretischen und praktischen Teil gemeistert hat – wird auch übernommen. Das ist doch eigentlich eine schöne Sicherheit. Und bislang haben das auch alle Auszubildenden geschafft.“

# MIT ARBEITSSCHUTZ BERUFLICH AUF NUMMER SICHER

Wie in vielen anderen Berufsfeldern legt man auch beim Fachbereich Arbeitsschutz des Landesamtes für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt einen besonderen Fokus auf die Gewinnung und Ausbildung von qualifiziertem Nachwuchs. Im Jahr 2014 haben vier Gewerbeoberinspektor-Anwärterinnen und -Anwärter ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen. Zwei weitere Anwärterinnen sowie vier Gewerbereferendarinnen und -referendare haben ihre Ausbildung fortgesetzt. Anhand einiger ausgewählter Stichwörter wollen wir Ihnen die Ausbildung beim Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt einmal näher bringen.

## **Gewerbeoberinspektor-Anwärterin/Gewerbeoberinspektor-Anwärter**

„Gewerbeoberinspektor-Anwärterin“ beziehungsweise „Gewerbeoberinspektor-Anwärter“ ist eine Dienstbezeichnung für Beschäftigte der Arbeitsschutzverwaltung. Diese Personen bereiten sich auf eine Beamtenlaufbahn der Laufbahngruppe 2 im ersten Einstiegsamt vor. Früher bezeichnete man diese Laufbahn als ‚gehobenen Dienst‘. Die Ausbildung dauert dabei in der Regel zwei Jahre. Beim Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt haben im Berichtsjahr vier Gewerbeoberinspektor-Anwärter – zwei Frauen und zwei Männer – ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen und zwei weitere Anwärter ihre Ausbildung fortgesetzt.

## **Gewerbereferendarin/Gewerbereferendar**

Gewerbereferendare bereiten sich ebenfalls auf eine Beamtenlaufbahn in der Arbeitsschutzverwaltung vor. Ihr Ziel ist Laufbahngruppe 2 mit dem zweiten Einstiegsamt, früher auch ‚höherer Dienst‘ genannt. Im Jahr 2014 haben drei weibliche und ein männlicher Gewerbereferendar ihre Ausbildung fortgesetzt. Ein weiterer „Gewerbereferendar“ konnte neu im Team begrüßt werden.

## **Ausbilder**

Als Ausbilder fungieren Angehörige des Fachbereichs 5 Arbeitsschutz des Landesamtes für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt. Das Dezernat 54– Gewerbeaufsicht Ost – hat hierbei die Federführung. Im Jahr 2014 gehörten zur praktischen Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter

sowie der Referendarinnen und Referendare – ausgenommen des im Oktober 2014 ernannten Referendars – auch Informationsaufenthalte:

- beim Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt
- bei der TÜV Nord Systems GmbH & Co. KG, Region Halle
- bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung, unter anderem bei der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) im Referat Produktionssicherheit und DGUV Test

## **Aufstiegsausbildung**

Im Jahr 2014 haben zwei Gewerbeaufsichtsbeamten, die zum Aufstieg in den gehobenen Dienst beziehungsweise in die Laufbahngruppe 2 erstes Einstiegsamt zugelassen waren, ihre Ausbildung abgeschlossen. Die beiden Beamten hatten ihre Ausbildung im April 2013 begonnen. Diese durchliefen sie gemeinsam mit den vier Anwärterinnen und Anwärtern, die im November 2012 ernannt wurden.

## **Praktische Ausbildung**

Die Anwärterinnen und Anwärter sowie die Referendarinnen und Referendare wurden sowohl im Außen- als auch im Innendienst praktisch ausgebildet. Hierbei standen verschiedene Themen auf der Agenda:

- Kontrolle der Erfüllung der Festlegungen zum Arbeitsschutz auf Baustellen, in Betrieben und öffentlichen Einrichtungen

- Untersuchung von Arbeitsplätzen sowie einschlägigen Unfällen und Schadensereignissen
- Prüfen von Produkten, einschließlich Medizinprodukten, im Rahmen der Marktüberwachung
- Beratung und Information von Herstellern, Einführern und Händlern von Produkten einschließlich Medizinprodukten sowie von Verbrauchern, Arbeitgebern und Beschäftigten
- Mitarbeit an Verwaltungsverfahren
- Stellungnahme zu Fragen des technischen Verbraucherschutzes und des Arbeitsschutzes

### **Theoretische Ausbildung**

Im Rahmen ihrer Ausbildung haben die vier Gewerbeoberinspektor-Anwärterinnen und -Anwärter an verschiedenen Lehrgängen teilgenommen. Angeboten wurden diese vom Ausbildungsverbund der Arbeitsschutzverwaltungen der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die beiden Anwärter, die im November 2013 ernannt wurden sowie die zeitgleich ernannten Referendare besuchten hingegen Lehrgänge der Verwaltungsschule der Sozialverwaltung in Wasserburg am Inn in Bayern. Die primären Themen der theoretischen Ausbildung sind:

- Verwaltung und Recht
- Informations- und Kommunikationstechnik in der Gewerbeaufsicht
- Technischer Arbeitsschutz
- Produktsicherheit und Chemikaliensicherheit
- Arbeitsmedizin und Arbeitspsychologie
- Sozialer Arbeitsschutz und Arbeitspsychologie

### **Führungskräfteausbildung**

Die vier im November 2013 ernannten Referendarinnen und Referendare haben beim Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt zusätzlich eine so genannte Führungskräfteausbildung absolviert. Folgende Kurse standen hierbei auf dem Lehrplan:

- Grundlagen der Mitarbeiterführung
- Der richtige Umgang mit Konflikten
- Teamführung
- Erfolgreiche Kommunikation und Gesprächsführung
- Herausforderungen an Führungskräfte in einer „alternden Verwaltung“

# „OHNE UNSERE ERKLÄRUNG DARF DER ARBEITGEBER NICHT KÜNDIGEN.“

Der Fachbereich 5 – Arbeitsschutz des Landesamtes für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt überprüft nicht allein die Einhaltung des Arbeitsschutzes in Unternehmen oder führt umfangreiche Marktüberwachungsaktionen durch – wenn es um die Themen Mutterschutz und Jugendarbeitsschutz geht, hat die Behörde ebenfalls einiges zu sagen. Im wortwörtlichen Sinne. Wir haben mit einer Mitarbeiterin des Fachbereichs 5, Dezernat 51 – Technischer und sozialer Arbeitsschutz – über ihre Arbeit und deren besondere Bedeutung für werdende Mütter sowie Kinder und Jugendliche gesprochen.

**Berufstätige werdende Mütter genießen in Deutschland einen besonderen Mutterschutz. Welche Vorschriften gibt der Gesetzgeber vor?**

Es gibt das Mutterschutzgesetz, die Verordnung zum Schutz der Mütter am Arbeitsplatz sowie einige andere Vorschriften, die auf die Belange schwangerer Frauen Bezug nehmen.

**Welche Vorschrift hat hierbei am meisten Gewicht?**

Die wesentlichste und wichtigste Vorschrift ist das Mutterschutzgesetz. Sie fußt auf drei Säulen: 1. Arbeitsschutz. 2. Kündigungsschutz. 3. Entgeltsschutz.

**Ich dachte immer, schwangeren Arbeitnehmerinnen darf nicht gekündigt werden, da sie eben einen besonderen Kündigungsschutz genießen. Wann darf einer Schwangeren dennoch gekündigt werden?**

Nach Paragraph 9 des Mutterschutzgesetzes ist die Kündigung einer schwangeren Frau unzulässig – auch für den Zeitraum von vier Monaten nach der Entbindung. Aber: In besonderen Fällen kann ausnahmsweise die für den Arbeitsschutz zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle die Kündigung für zulässig erklären. Die für den Arbeitsschutz zuständige oberste Landesbehörde ist unser Ministerium für Arbeit und Soziales. In Sachsen-Anhalt gibt es eine Zuständigkeitsverordnung für den Arbeitsschutz. Durch diese Verordnung wird dem Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt die Aufgabe zugewiesen, die Anträge auf Kündigungszulassung zu prüfen und eine Entscheidung zu treffen. Dies trifft im Übrigen auch auf den Kündigungsschutz in der Elternzeit zu.

**Welche Arten und Gründe für eine Kündigung unterscheidet man denn?**

Es gibt zum Beispiel die fristlose und die ordentliche Kündigung, die Änderungskündigung oder die Kündigung während der Probezeit. Im Prinzip gibt es drei Arten einer Kündigung: die verhaltensbedingte Kündigung, Kündigungen, die ihre Ursache in sämtlichen betrieblichen Belangen haben sowie die personenbedingte Kündigung.

**Die verhaltensbedingte Kündigung wäre dann, wenn ich mich als Arbeitnehmer zum Beispiel am Arbeitsplatz falsch verhalte?**

Ja, genauer gesagt, wenn Sie sich nicht vertragsgemäß verhalten.

**Unter einer betriebsbedingten Kündigung kann ich mir etwas vorstellen. Was aber ist eine personenbedingte Kündigung?**

Eine personenbedingte Kündigung liegt beispielsweise vor, wenn jemand nicht mehr über die Eignung verfügt, die vertraglich geschuldete Tätigkeit zu erbringen, zum Beispiel durch Krankheit. Oder eine Person sich so verhalten hat, dass die Eignung durch das eigene Verhalten entfallen ist.

**Aber eine Schwangerschaft an sich wäre kein Grund für eine personenbedingte Kündigung?**

Nein. Wenn ein Arbeitgeber angibt, eine seiner Beschäftigten sei schwanger und könne daher diese oder jene Tätigkeit nicht mehr ausüben, weil seiner Meinung nach ihre Eignung entfallen sei, ist dies kein Grund für eine

Kündigungszulassung. Deshalb gibt es den Kündigungsschutz – damit eben das nicht passiert.

**Wer legt denn fest, ob eine Kündigung rechtmäßig ist oder nicht? Ist das die Aufgabe des Landesamtes für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt?**

Wir äußern uns nicht, ob eine Kündigung rechtmäßig ist oder nicht. Wir prüfen, ob ein Antrag auf Kündigungszulassung zulässig und begründet ist. Sollten wir die Kündigung für zulässig erklären, erhalten der Arbeitgeber und die werdende Mutter einen entsprechenden Bescheid. Nach Bestandskraft dieses Bescheides hat der Arbeitgeber dann die Möglichkeit zu kündigen. Denn der Bescheid hebt praktisch die Kündigungssperre, die der Gesetzgeber festlegt, auf. Erst nach erfolgter Kündigung kann dann ein Arbeitsgericht prüfen, ob die Kündigung rechtmäßig ist, ob zum Beispiel auch der Personalrat einbezogen wurde und so weiter. Das Landesamt erklärt lediglich die Kündigung für zulässig. Ohne unsere Erklärung darf der Arbeitgeber nicht kündigen. Macht er es dennoch, ist die Kündigung nichtig nach § 134 BGB.

**Sind Sie nur im Innendienst aktiv oder auch vor Ort bei den Arbeitgebern?**

Ich bin vorwiegend im Innendienst tätig. Aber wenn es nötig ist, suche ich auch die Unternehmen und Betriebe auf. Diese Fälle sind jedoch selten und betreffen dann auch nicht immer eine Kündigungszulassung, sondern die Überprüfung eines Arbeitsplatzes. Schwangere dürfen bestimmte Tätigkeiten nicht ausüben. Dies ist ihnen per Mutterschutzgesetz verboten. Manchmal ist es für den Arbeitgeber jedoch schwierig einzuschätzen, ob eine Schwangere eine bestimmte Arbeit noch verrichten darf oder nicht. Daher ist es immer günstig, sich vor Ort ein eigenes Bild zu machen und den Arbeitgeber fachlich zu beraten.

**Abschließend zu diesem Thema: Ist es eigentlich schwer, bei diesem Thema objektiv zu bleiben?**

Nein. Beide, der Arbeitgeber und auch die werdende Mutter, haben nach dem Mutterschutzgesetz und den sonst geltenden Bestimmungen für ein Arbeitsverhältnis Rechte und Pflichten. Die Aufgabe meiner Kolleginnen vor Ort und auch meine ist es, den ermittelten Sachverhalt zum dargelegten Kündigungsgrund objektiv zu beurteilen und eine rechtmäßige Entscheidung zu treffen. Wir können nicht einfach sagen: „Weil eine Frau schwanger ist, drücken wir ein Auge zu.“ Dies trifft sowohl auf betriebsbedingte als auch auf verhaltensbedingte Gründe zu. Wobei die „Hürde“ für eine Zulässigerklärung der Kündigung aus verhaltensbedingten Gründen sehr hoch liegt und dafür schon besonders schwere arbeitsvertragliche Pflichtverstöße der Arbeitnehmerin oder vorsätzliche strafbare Handlungen vorliegen müssen, die dem Arbeitgeber die Aufrechterhaltung des Arbeitsverhältnisses unzumutbar machen.

**Was wäre eine besonders schwere arbeitsvertragliche Pflichtverletzung?**

Wenn zum Beispiel eine Buchhalterin nicht erklären kann, wo eine Viertel Million Euro verblieben sind, obgleich man im Rahmen des Ermittlungsverfahrens feststellen konnte, wohin das Geld gegangen ist. Vermögensdelikte zu Lasten des Arbeitgebers stellen grundsätzlich eine besonders schwere arbeitsvertragliche Pflichtverletzung dar, denn hier ist der Vertrauensbereich betroffen. Aber in solchen Fällen kommen immer auch mehrere Fakten zusammen, die das Gesamtbild ergeben. So haben wir zum Beispiel auch zu prüfen, ob die seelische Verfassung aufgrund der Schwangerschaft zu dem Fehlverhalten beigetragen hat.

**Nun zu einem anderen Thema: Sie haben auch mit dem Jugendarbeitsschutzgesetz zu tun. Wann dürfen Kinder und Jugendliche überhaupt arbeiten?**

Das ist ein weites Feld. Kinderarbeit ist in Deutschland grundsätzlich verboten. Hier lässt der Gesetzgeber nur wenige Ausnahmen zu, zum Beispiel leichte und für Kinder geeignete Arbeiten. Diese werden in der Kinderarbeitsschutzverordnung aufgeführt. Das betrifft Kinder ab 13 Jahren. Ansonsten kann die Behörde für Tätigkeiten, die im Kultur- und Medienbereich auch für Kinder geeignet sind, auf Antrag Ausnahmen zulassen. Zum Beispiel für die Mitwirkung von Kindern bei Theatervorstellungen, Film-, Foto- und Werbeaufnahmen, Musikaufführungen, Orchester- und Chorkonzerten, Ballett- und Tanzdarbietungen, Puppenspielen oder Vorträgen. Es gibt aber auch eine ganze Reihe von Veranstaltungen und Tätigkeiten, die für Kinder nicht geeignet sind.

**Welche wären das zum Beispiel?**

Zum Beispiel die Mitwirkung von Kindern in Kabaretts, Tanzlokalen und vergleichbaren Betrieben; auf Vergnügungsparks, Jahrmärkten und bei ähnlichen Schaustellungen oder Darbietungen.

**Das hat dann aber eher etwas mit dem Umfeld zu tun und nicht unbedingt mit der Uhrzeit?**

Ja, es geht um sämtliche Tätigkeiten, die von ihrer Art her nicht für Kinder geeignet sind. Diese sind laut Paragraph 6 des Jugendarbeitsschutzgesetzes untersagt. Dort steht ganz konkret, welche Veranstaltungen nicht geeignet sind.

**Aber es gibt eine Unterscheidung nach Alter, also wann beziehungsweise wie lange Kinder und Jugendliche arbeiten dürfen?**

Für Theatervorstellungen darf die Behörde die Mitwirkung von Kindern bewilligen, wenn sie sechs Jahre alt sind. Das ist beim Theater das Mindestalter. Dort dürfen sie vier Stunden täglich in der Zeit von zehn bis 23 Uhr arbeiten. Bei Musikaufführungen, Werbeveranstaltungen, Aufnahmen

im Rundfunk oder auch Dreharbeiten dürfen Kinder ab drei Jahren mitwirken. Drei- bis Sechsjährige dürfen täglich zwei Stunden in der Zeit von acht bis 17 Uhr arbeiten. Kinder über sechs Jahren dürfen bis zu drei Stunden täglich in der Zeit von acht bis 22 Uhr mitwirken.

### **Wie definiert denn das Jugendarbeitsschutzgesetz den Begriff „Kind“?**

Kind ist man bis zu Vollendung des 15. Lebensjahres. Von 15 bis 18 ist man Jugendlicher. Die Jugendlichen, die noch der Vollzeitschulpflicht unterliegen, werden noch als Kind im Sinne des Jugendarbeitsschutzgesetzes behandelt. In Sachsen-Anhalt beträgt die Vollzeitschulpflicht neun Jahre. Aber es gibt auch 15-jährige, die diese neun Jahre noch nicht absolviert haben. Für diese gelten dann auch die Bestimmungen für die Kinder.

### **Gibt es denn Ausnahmengenehmigungen?**

Ja, aber nur für die gestaltende Mitwirkung. Das bedeutet, die Kinder müssen selbst an der Aufführung als Darsteller, Sänger, Modell, Statist oder Komparse teilnehmen. Sämtliche anderen Tätigkeiten, wie zum Beispiel der Verkauf von Eintrittskarten, die Arbeit an der Garderobe oder das Reichen von Snacks darf das Kind nicht ausüben. Es darf nur als „Künstler“ arbeiten.

# UNFALLGESCHEHEN IM LAND SACHSEN-ANHALT

Leider ist es auch im Berichtsjahr 2014 zu einigen tödlichen Arbeitsunfällen gekommen. Dennoch ist zu vermelden, dass die Zahl der Arbeitsunfälle mit Todesfolge seit 2010 stetig zurückgegangen ist: Wurden damals noch 16 tödliche Arbeitsunfälle gezählt, waren es im Jahr 2014 noch lediglich acht. Nachfolgend wollen wir Ihnen eine Übersicht über das Unfallgeschehen im Berichtsjahr 2014 geben.

## Arbeitsunfälle erneut zurückgegangen

Seit 2004 schwankt die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle im Zuständigkeitsbereich der Gewerbeaufsicht des Landes Sachsen-Anhalt. Ab dem Jahr 2010 ist jedoch eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen. Der höchste Wert wurde 2008 mit 17 erfasst. Die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle, die man im Jahr 2014 untersuchte, liegt mit acht auf dem Niveau von 2009.

Von den acht Unfällen mit Todesfolge im Jahr 2014 ereigneten sich drei auf Baustellen. Der Anteil von tödlichen Arbeitsunfällen auf Baustellen lag im Jahr 2014 bei 38 Prozent (2013: 58 Prozent). Damit sind diese Unfälle im Vergleich zum Berichtsjahr 2013 zurückgegangen.

## Tödliche Arbeitsunfälle mit Fahrzeugen

Im Berichtsjahr kam es zu drei tödlichen Unfällen, in denen jeweils ein Bagger beziehungsweise ein Fahrzeug mit Greiferarm im Mittelpunkt stand. Ende Juli wurde an einer Gleisbaustelle ein Bauarbeiter während des laufenden Betriebs des Baggers von dessen Schaufel tödlich getroffen. Bei dem Fahrzeug handelte es sich um einen Kleinbagger auf Schienen. Nach Ansicht der Aufsichtsbehörde war der Grund für diesen Unfall in erster Linie Unachtsamkeit. Im Verlauf einer Unterhaltung mit seinem Kollegen stieß der Baggerfahrer an den Joystick zur Bedienung der Baggerschaufel und löste diese somit aus.

Im Oktober ereignete sich ein weiterer tödlicher Unfall. Dieses Mal mit einem Greiferarm. Bei Reparaturarbeiten an einem stehenden Fahrzeug – in deren Verlauf sollte am besagten Greiferarm ein Hydraulikschlauch ausgewechselt werden – wurde eine Person von dem ungesicherten Greiferarm tödlich verletzt. Hierbei hätte in jedem Fall verhindert werden müssen, dass der nicht gesicherte Greiferarm in sich zusammenfällt.

Eine besondere Gefahrenquelle stellen auch immer wieder rückwärts fahrende Fahrzeuge dar. So wurde Ende September 2014 ein LKW-Fahrer zwischen seinem Fahrzeug und einen zurücksetzendem Bagger eingeklemmt und tödlich verletzt. Anfang Dezember ereignete sich ein ähnlicher Unfall. In einer Wertstoffaufbereitungsanlage überfuhr ein rückwärts fahrender Radlader einen Beschäftigten, der daraufhin verstarb.

## Sonstige tödliche Arbeitsunfälle

Im März 2014 kam ein Mann ums Leben, als er eine Frischluftmaske an einen Schlauch anschloss, der fälschlicherweise mit einer Stickstoffleitung verbunden war. Das Unglück war insofern tragisch, als dass es sich nach Meinung des Landesamtes für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt einfach hätte vermeiden lassen. So hätte die Pressluftleitung einen anderen Anschluss aufweisen müssen als jene für Stickstoff.

Ein weiterer tödlicher Unfall ereignete sich im Juni 2014. Beim Abbau einer Nachtbaustelle auf der BAB 2 wurde ein Arbeiter von einem LKW überfahren. Es ist zu vermuten, dass der Fahrer des LKW die Baustelle zu spät wahrnahm.

Im Juli 2014 schließlich stürzte ein Mann beim Betanken eines Mähdreschers von dem Fahrzeug. Er schlug auf dem Asphaltboden auf und erlag seinen Verletzungen.

Der letzte Arbeitsunfall mit Todesfolge wurde im Dezember 2014 dokumentiert. Er ereignete sich in einer Müllverbrennungsanlage. Bei Reinigungsarbeiten am Schlackeaustrag öffnete ein Mitarbeiter zwecks Kontrolle eine Klappe an der Anlage und erlitt dabei erhebliche Verbrühungen beziehungsweise Verbrennungen. Wenngleich der Verunfallte sofort ins Krankenhaus gebracht wurde, erlag er dennoch seinen Verletzungen.

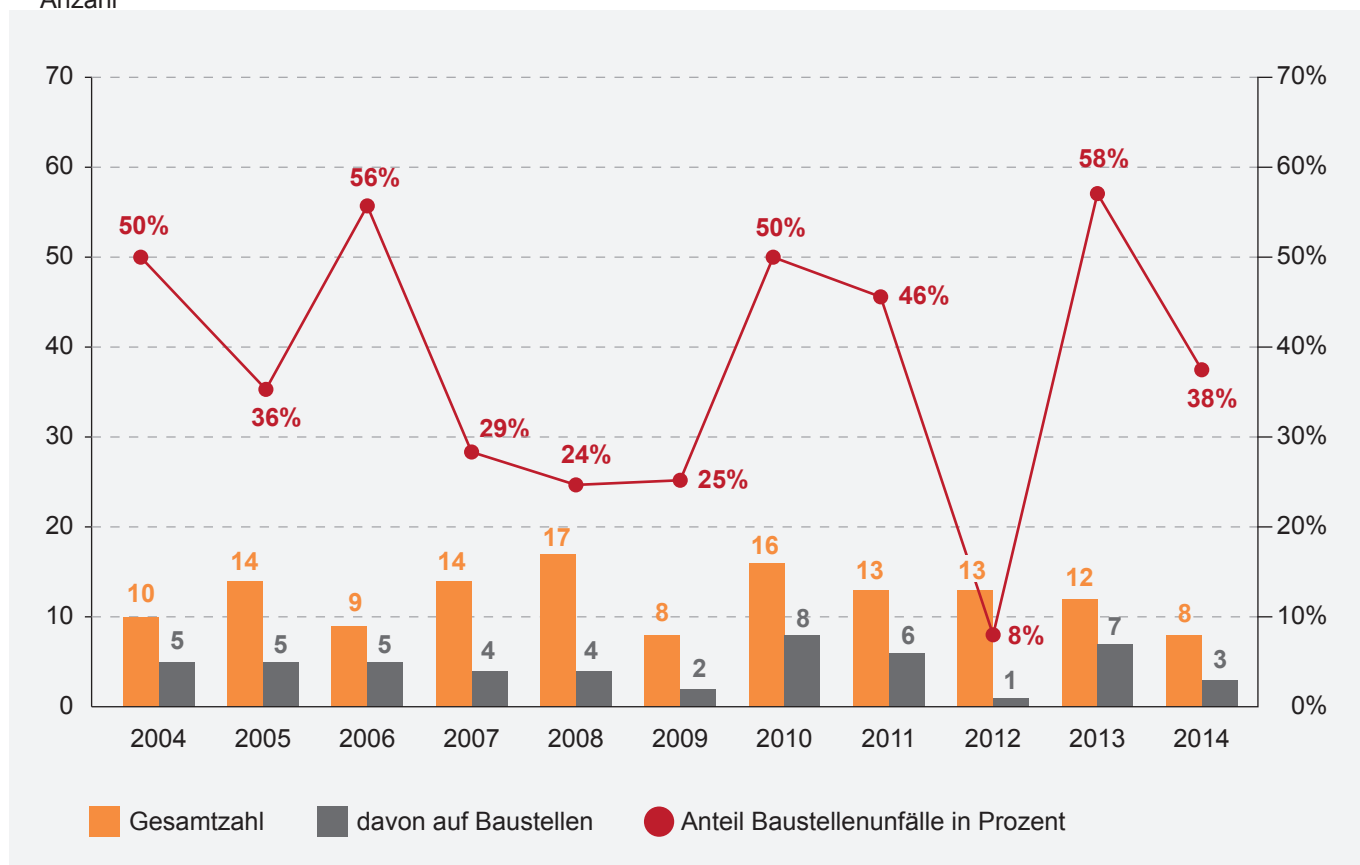


#### Vier Dezernate involviert

Die tödlichen Unfälle wurden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zuständigen Dezernate untersucht. Bis auf ein Unternehmen haben alle Firmen, bei denen sich im Jahr 2014 ein tödlicher Arbeitsunfall ereignet hat, ihren Sitz in Sachsen-Anhalt. Bei allen Unfällen ging ein Bericht an die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) und gegebenenfalls auf Anforderung an die Staatsanwaltschaft.

#### Tödliche Arbeitsunfälle in Sachsen-Anhalt

Anzahl



Entwicklung der tödlichen Arbeitsunfälle seit 2004

# ANHANG

## VORTRÄGE

### Dr. Ulrich Bärenwald

„Der natürliche Kernreaktor von Oklo – Betrachtungen zur Endlagerproblematik von Kernbrennstoffen“, 50. Tagung des Arbeitskreises „Praktischer Strahlenschutz“ des FS e.V., LAV Dessau, 27.-28.03.2014

„Die neue europäische Richtlinie 2013/59/EURATOM“ Erfahrungsaustausch im Strahlenschutz, Klinikum Magdeburg, 01.10.2014

### Hannes Kranepuhl

„Gedanken zur Strahlenpasskontingentverwaltung in Sachsen-Anhalt“ Arbeitskreis Strahlenschutz im LAV, 15.10.2014

### Dr. Jörg Przygodda

„Prüfungen von Arbeitsmitteln nach Betriebssicherheitsverordnung“ Arbeitskreis Landesbehörden der Unfallkasse Sachsen-Anhalt, Tangermünde, 25.09.2014

### Dr. Bernhard Schicht

Seminar „Biologische Arbeitsstoffe“, „Gefährdungspotentiale durch Biologische Arbeitsstoffe“ VBG, Akademie Untermerzbach, 03.–05.02.2014  
VBG, Akademie Gevelingenhausen, 26.–28.05.2014  
VBG, Akademie Storkau, 24.–26.09.2014

Projektleiterkurs nach § 15 (3) GenTSV „Arbeitsschutzregelungen“ TÜV Nord Akademie, Magdeburg 13.–14.05.2013 und 15.–16.09.2014

„Die neue Biostoffverordnung und die TRBA 100“ Fachvereinigung Arbeitssicherheit e.V., Hochschule Merseburg, 26.02.2014

Curriculäre Fortbildung „Hygienebeauftragte Ärzte“ „Arbeitskleidung, Schutzkleidung, Schutzausrüstung aus der Sicht des Arbeitsschutzes und der Hygiene“ Ärztekammer Sachsen-Anhalt, Barleben, 05.03.2014

MLT Biosafety Tagung 2014 „Die neue TRBA 100 „Laboratorien“-Anpassungen an die neue Biostoffverordnung und Aufbau“ MLT Medizin und Labortechnik, Frankfurt am Main, 19.–12.03.2014

Fachtagung Krankenhaushygiene, „Die Neufassung der Biostoffverordnung und Änderungen im Regelwerk“ LAV, Halle, 30.04.2014

Fachtagung Biostofftag 2014, „TRBA 100 – Laboratorien: Was ist Neu?“ ABAS, Berlin, 06.05.2014

Dipl.-Geol. Stephan Dolata, GVSS e.V. ARCADIS Deutschland GmbH, Darmstadt  
Dipl.-Ing. Andrea Bonner, BG BAU, Karlsruhe  
Dr.-Ing. Bernhard Räbel, VDGB e.V., Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt, Halle  
„Schadstoffe – wann und für wen besteht in welchen Projektphasen Handlungsbedarf?“ DCONex, Kongress, Essen, Gesamtverband Schadstoffsanierung e.V. 15.–16. Januar 2014

### Günter Laux

„GDA-Arbeitsprogramm Organisation“ Arbeitsschutztag Sachsen-Anhalt 2014, FH Anhalt, Köthen, 25.09.2014

„Durchführung von Unfalluntersuchungen – ein Erlebnisbericht“ ASV-Workshop der Mitteldeutschen Arbeitsschutzverbände in der BAuA Dresden, 06.–07.05.2014

„Ergebnisse und Erfahrungen der Arbeitsschutzverwaltung des LSA bei der Umsetzung der bisherigen Projekte der GDA“ 8. Erfahrungsaustausch im LSA, Wörlitz, 29.–30.05.2014

### Ingelore Bruns

„Berücksichtigung psychischer Belastungen im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung – Eine Einführung“ Informationsveranstaltung für Sicherheitsfachkräfte, 12.03.2014

„GDA-ORGCheck – das Online-Tool zur Selbstbewertung“ Informationsveranstaltung für Sicherheitsfachkräfte, 12.03.2014

„Unfall mit einer Hubarbeitsbühne“ Informationsveranstaltung für Sicherheitsfachkräfte, 12.03.2014

„Sozialer Arbeitsschutz“ Dehoga, 16.01.2014

„Psychische Belastung“ HPR Ministerien, 16.10.2014

#### Thomas Bauer

**„Neues aus dem Gefahrstoffrecht.**

**Neue Verordnung – neue Begriffe.**

**Wann wird ein Krebsrisiko zur Gefahr?“**

Informationsveranstaltung für Sicherheitsfachkräfte,  
12.03.2014

**„Intoxikation bei Beschichtungsarbeiten“**

Informationsveranstaltung für Sicherheitsfachkräfte,  
12.03.2014

**„Krebserzeugende Stoffe“**

Weiterbildungsveranstaltung in Dessau, 18.06.2014

**„Oft vergessen – die Arbeitsstättenverordnung gilt auch für Baustellen“**

Informationsveranstaltung für Sicherheitsfachkräfte,  
12.03.2014

**„Hubarbeitsbühnen und der Katapulteffekt“**

Informationsveranstaltung für Sicherheitsfachkräfte,  
12.03.2014

#### Erika Löhr

**„Unterlage für spätere Arbeiten an baulichen Anlagen mit Angaben zum Sicherheits- und Gesundheitsschutz“**

Informationsveranstaltung für Sicherheitsfachkräfte,  
12.03.2014

#### Werner Weber

**„ASR A 5.2, Straßenbaustellen“**

Informationsveranstaltung für Sicherheitsfachkräfte,  
12.03.2014

**„Situation auf unseren Baustellen, worauf sollten Sicherheitsfachkräfte achten“**

Informationsveranstaltung für Sicherheitsfachkräfte,  
12.03.2014

#### Martina Fritz-Janke

**„Da kommt doch nur Luft ...“**

Informationsveranstaltung für Sicherheitsfachkräfte,  
12.03.2014

**„Der Mensch – Sicherheitsrisiko Nr. 1“**

Informationsveranstaltung für Sicherheitsfachkräfte,  
12.03.2014

**„Ohne Netz und doppelten Boden – Monteure sind keine fliegenden Artisten“**

Informationsveranstaltung für Sicherheitsfachkräfte,  
12.03.2014

#### Christine Schimroschky

**„Aufgaben für Verantwortliche im Arbeitsschutz“**

Ausbildung von Meistern, Aschersleben, 13.06.2014

**„ArbstättV, Absturz von Dächern“**

BauA Dresden, Treffpunkt Sicherheit, 22.05.2014

#### Sozialer Arbeitsschutz

**„Sozialer Arbeitsschutz“**

Dehoga, 21.01.2014

#### Ingelore Bruns, Martina Fritz-Janke

**„Psychische Belastung und Gefährdungsbeurteilung (Theorie + praktische Übungen“**

Schulung der Mitarbeiter der SVLFG, 25.09.2014

#### Renald Jabs

**„Rechtliche Grundlagen im Gerüstbau“**

Befähigte Person Gerüstbau/HWK,  
10.03.2014 + 05.05.2014

**„Ausbildung von Fahrgerüsten“**

Befähigte Person Gerüstbau/HWK,  
14.03.2014 + 09.05.2014

**„Neue rechtliche Bestimmungen im Gerüstbau“**

VDSI-Veranstaltung FH Merseburg, 20.11.2014

#### Reiner Reichenbach

**„Sozialvorschriften im Straßenverkehr“**

Polizeischule Aschersleben,  
07.10.2014 + 11.11.2014

#### Ulrike Kalfa

**„Asbestrichtlinie“**

Sachkundelehrgang, TÜV Nord,  
08.05.2014 + 09.10.2014

#### Sabine Daul

**„Gefahren für werdende Mütter im Schulbetrieb, Gefährdungsbeurteilung, Meldepflicht nach § 5 Mutterschutzgesetz“**

Landesschulamt Sachsen-Anhalt, 05.03.2014

#### Egbert Müller

**„Vorschriften und Hinweise für das gewerbliche Führen von Kleintransportern (einschließlich Pkw) und LKW mit und ohne Anhänger“**

Informationsveranstaltung bei der Metallbauinnung Wolmirstedt, 05.03.2014

## PUBLIKATIONEN

**Hannelore Müller****„Gefahrstoffverordnung/TRGS 519“**

Dr. Löschke und Partner GmbH Leipzig

Sachkundelehrgang TRGS 519 Anlage 4, 11.03.2014

**„Vorschriften und Regelungen für Tätigkeiten mit stark und schwach gebundenem Asbest bei Abbruch-, Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten (ASI-Arbeiten) unter Berücksichtigung des Umweltschutzes und der Abfallentsorgung“**

TÜV NORD Akademie Magdeburg

Sachkundelehrgang TRGS 519 Anlage 4C/Anlage 3,

05.05.2014 + 06.10.2014

**„Änderungen im Gefahrstoffrecht, insbesondere für Tätigkeiten in Anwesenheit von Asbest“,****„Neues bei der arbeitsmedizinischen Vorsorge“**

Informationsveranstaltung für Betriebe der Branche Bau aus dem Aufsichtsbereich des Dez. 55, 19.06.2014

**Gert Arndt****„Einrichten und Betreiben von Verkehrswegen in Arbeitsstätten – ASR A 1.8- Verkehrswege“**

Erfahrungsaustausch der Aufsichtsdienste des LA-GuS M/V und der Unfallkasse M/V in Warnemünde, 06.05.2014

**Falk Schulze****„Neuerungen im Arbeitsstättenrecht (insbesondere Sicherung gegen Absturz)“,****„Elektrosicherheit auf Baustellen“**

Informationsveranstaltung für Betriebe der Branche Bau im Aufsichtsbereich des Dez. 55, 19.06.2015

**Dietrich Probst und Ingelore Bruns****„Aufgaben und Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit der Gefährdungsbeurteilung“**

Straßenbauverwaltung LSA im MLV, 16.10.2014

**Andrea Wendenburg****„Prävention macht stark – auch deinen Rücken****Das GDA-Arbeitsprogramm MSE“**

Hochschule Magdeburg-Stendal,

Standort Magdeburg, VDSI, 06.11.2014

**Ralph Hebisch, Michael Ball, Christoph Emmel, Wilhelm Krämer, Claus-Peter Maschmeier, Gerda Nitz, Wolfgang Riepe****„Workplace measurements – recommendations based on practical experience“**

The MAK-Collection Part III, Air Monitoring Methods

2014, Seiten 1–32, DFG, Deutsche Forschungsgemeinschaft © 2014 Wiley-VCH Verlag GmbH &amp; Co. KGaA

**Tabelle 1: Betriebsstätten und Beschäftigte im Zuständigkeitsbereich**

Zeitraum: 01.01.–31.12.2014

Größenklasse	Betriebs- stätten	Beschäftigte						
		Jugendliche			Erwachsene			Summe
		männlich	weiblich	Summe	männlich	weiblich	Summe	
1	2	3	4	5	6	7	8	
1: Großbetriebsstätten								
1000 und mehr Beschäftigte	28	59	84	143	17553	21325	38878	39021
500 bis 999 Beschäftigte	75	236	200	436	23944	26185	50129	50565
Summe	103	295	284	579	41497	47510	89007	89586
2: Mittelbetriebsstätten								
250 bis 499 Beschäftigte	240	405	217	622	41482	38117	79599	80221
100 bis 249 Beschäftigte	941	1492	675	2167	79163	59531	138694	140861
50 bis 99 Beschäftigte	1770	1039	387	1426	68202	51244	119446	120872
20 bis 49 Beschäftigte	5060	1285	546	1831	84356	65159	149515	151346
Summe	8011	4221	1825	6046	273203	214051	487254	493300
3: Kleinbetriebsstätten								
10 bis 19 Beschäftigte	7842	1003	555	1558	55353	47461	102814	104372
1 bis 9 Beschäftigte	56194	1256	1208	2464	78812	102148	180960	183424
Summe	64036	2259	1763	4022	134165	149609	283774	287796
Summe 1–3	72150	6775	3872	10647	448865	411170	860035	870682
4: ohne Beschäftigte	16154							
Insgesamt	88304	6775	3872	10647	448865	411170	860035	870682

Tabelle 2.1: Dienstgeschäfte in Betriebsstätten nach Leitbranchen

Zeitraum: 01.01.–31.12.2014

	erfasste Betriebsstätten *)				aufgesuchte Betriebsstätten				Dienstgeschäfte in den Betriebsstätten						Überwachung/Prävention						Entscheidungen			Zwangs- maß- nahmen	Ah- nung			
	Gr. 1	Gr. 2	Gr. 3	Summe	Gr. 1	Gr. 2	Gr. 3	Summe	Gr. 1	Gr. 2	Gr. 3	Summe	in der Nacht	an Sonn- u. Feiertagen	Besichtigung/Inspektion (punktuell)	Besichtigung/Inspektion (Schwerpunktprogramm)	Messungen/Probenahmen/Analysen/Ärztl. Untersuchungen	Besichtigung/Inspektion	Untersuchungen von Unfällen/Berufskrankheiten	Messungen/Probenahmen/Analysen/Ärztl. Untersuchungen	Anz. Beanstandungen	erteilte Genehmigungen/Erlaubnisse/Zulassungen/ Ausnahmen/Ermächtigungen	abgelehnte Genehmigungen/Erlaubnisse/Zulassungen/Ausnahmen/Ermächtigungen			Anfragen/Anzeigen/Mängelmeldungen	Anordnungen/ Anwendung von Zwangsmitteln	Verwarnungen/Bußgelder/ Strafanzzeigen
Schl.	Leitbranche	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	
01	Chemische Betriebe	11	259	313	583	8	98	50	156	22	146	68	236			81	33	2	51	16		415	52		350	1	5	
02	Metalverarbeitung	1	385	1155	1541		106	144	250			186	341			162	37	3	50	10		857	56	3	76	2	6	
03	Bau, Steine, Erden	2	1008	7722	8732	1	118	243	362	1	177	293	471			199	26		78	18		594	171	2	352	18	32	
04	Entsorgung, Recycling	1	153	656	810	1	35	34	70	1	48	41	90			40	13		20	2	1	143	18		101	1	4	
05	Hochschulen, Gesundheitswesen	24	1714	10128	11866	15	248	615	878	61	320	670	1051	1		161	38		667	5	6	2890	65	1	3187	2	14	
06	Leder, Textil		31	322	353		9	8	17		10	9	19			7			8	1		53	2		20		2	
07	Elektrotechnik	3	95	206	304	1	29	16	46	5	32	17	54			23	6	1	9	2		107	11		78			
08	Holzbe- und -verarbeitung		74	755	829		22	90	112		42	131	173			57	15		52	4		379	7	23	5	3		
09	Metallerzeugung	4	48	63	115	4	15	10	29	9	26	13	48			18	7		9	1		138	18		108			
10	Fahrzeugaufbau	3	38	41	82	2	11	3	16	23		3	49			9	9		11		8	76	10		17		2	
11	Kraftfahrzeugreparatur; -handel, Tankstellen		224	2719	2943		39	284	323		48	317	365			228	21		85	3		945	17		99	1	9	
12	Nahrungs- und Genussmittel	3	455	4192	4650	2	127	288	417	3	211	356	570			242	48	1	175	19		1377	52		336	4	13	
13	Handel	2	625	12825	13452	2	140	657	799	3	193	763	959			484	101		227	15		1649	109		798		27	
14	Kredit-, Versicherungsgewerbe		189	2080	2269		8	20	28		8	21	29			14	4		7			62	5	1	210		4	
15	Datenverarbeitung, Fernmeldedienste	5	63	329	397	1	6	9	16	1	6	9	16			11			1			43	6		65			
16	Gaststätten, Beherbergung		211	6377	6588		30	223	253		43	257	300			141	11		110	2	2	1411	4		180	1	6	
17	Dienstleistung	14	698	7520	8232	3	62	179	244	4	77	198	279			129	18		66	2	1	627	57	3	704	1	4	
18	Verwaltung	16	808	2239	3063	4	76	84	164	9	114	104	227			30	11	2	105	2	20	680	37	2	712	1	5	
19	Herstellung von Zellstoff, Papier und Pappe	28	30	58		13	1	14		19	1	20			6	4		6	2		35	9		25				
20	Verkehr	9	481	2743	3233	1	79	98	178	1	114	121	236	2		83	20		73	8		353	8	1	373		385	
21	Verlags- und Druck- gewerbe, Vervielfältigen	1	64	356	421	1	12	18	31	1	18	21	40			20	4	1	11	1		154	5	1	29			
22	Versorgung	2	117	223	342		15	21	36		16	27	43			29	1		9	1		188	6		79		7	
23	Feinmechanik		101	822	923		22	73	95		30	83	113			54	10		18	1		191	26		59	1	3	
24	Maschinenbau	2	142	220	364	1	34	28	63	2	47	38	87			37	13		15	5		235	21		36		2	
Insgesamt		103	8011	64036	72150	47	1354	3196	4597	146	1923	3747	5816	2	1	2265	450	10	1863	120	38	13602	772	14	8017	38		533

\*) Größe 1: 500 und mehr Beschäftigte; Größe 2: 20 bis 499 Beschäftigte; Größe 3: 1 bis 19 Beschäftigte \*\*\*) Zahlen in Klammern sind aus datenschutzrechtlichen Gründen zusammengefasst

## Tabelle 2.2: Dienstgeschäfte außerhalb der Betriebsstätte

Zeitraum: 01.01.–31.12.2014

		Dienstgeschäfte	Überwachung/Prävention							Entscheidungen			Zwangsmaß- nahmen	Ahndung
			eigeninitiativ			auf Anlass								
			Besichtigung/Inspektion (punktuell)	Besichtigung/Inspektion (Schwerpunktprogramm)	Messungen/Probenahmen/Analysen/ Ärztl. Untersuchungen"	Besichtigung/Inspektion	Untersuchungen von Unfällen/ Berufskrankheiten	Messungen/Probenahmen/Analysen/ Ärztl. Untersuchungen						
Pos.	Art der Arbeitsstelle bzw. Anlage	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1	Baustellen	3025	1811	243		872	39	1	4932	51		64	19	10
2	überwachungsbedürftige Anlagen	20	9			6			9	3		7		
3	Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz	9	3			1			17	1		4		
4	Lager explosionsgefährlicher Stoffe	15	5			10				11				
5	Märkte und Volksfeste (fliegende Bauten, ambulanter Handel)	166	36	31		98			182			3		
6	Ausstellungsstände	17	5	12					1					
7	Straßenfahrzeuge	77	31			40			38			2		
8	Schienenfahrzeuge													
9	Wasserfahrzeuge											1		
10	Heimarbeitsstätten											1		
11	private Haushalte (ohne Beschäftigte)	1								110		37		2
12	Übrige	140	18	4		39	3		125	29	7	620	9	42
	Insgesamt	3470	1918	290		1066	42	1	5304	205	7	739	28	54
13	sonstige Dienstgeschäfte im Außendienst *)													

\*) sofern sie nicht in Betriebsstätten nach Tabelle 2.1 oder in den Positionen 1 bis 12 dieser Tabelle durchgeführt wurden.

Tabelle 3: Produktorientierte Darstellung der Tätigkeiten

Zeitraum: 01.01.–31.12.2014

Beratung/Information			Überwachung/Prävention						Entscheidungen			Zwangsmaßnahmen		Ahndung						
			eigeninitiativ			auf Anlass														
			Besichtigung/Inspektion (punktuell)	Besichtigung/Inspektion (Schwerpunktprogramm)	Messungen/Probenahmen/Analysen/Ärztl. Untersuchungen	Besichtigung/Inspektion	Untersuchungen von Unfällen/Berufskrankheiten	Messungen/Probenahmen/Analysen/Ärztl. Untersuchungen	Stellungnahmen/Gutachten (auch Berufskrankheiten)	Revisionsschreiben	Anzahl Beanstandungen	erteilte Genehmigungen/Erlaubnisse/Zulassungen/Ausnahmen/Ermächtigungen	abgelehnte Genehmigungen/Erlaubnisse/Zulassungen/Ausnahmen/Ermächtigungen	Anfragen/Anzeigen/Mängelmeldungen	Anordnungen	Anwendung von Zwangsmitteln	Verwarnungen	Bußgelder	Strafanzeigen	
Pos.	Anzahl der Tätigkeiten	Beratung	727	93	2	435	37	8	434	453		254	2	1941	11					
1	Dabei berührte Sachgebiete	1	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17		18	19	20
	Technischer Arbeitsschutz, Unfallverhütung und Gesundheitsschutz																			
1.1	Arbeitsschutzorganisation	2364	7	397	1	1844	114	4	641	1575	5205	8	2	499	19		1	22		
1.2	Arbeitsplätze, Arbeitsstätten, Ergonomie	1928	6	398	8	2322	101	34	1450	1740	6122	22	1	342	42	1				
1.3	Arbeitsmittel, Medizinprodukte	1349	5	428	1	1823	93	3	362	1560	5556	4	1	176	10	2		6		
1.4	überwachungsbedürftige Anlagen	197		64		244	3		107	303	542	77		58	2			1		
1.5	Gefahrstoffe	411	6	134	2	718	11	8	134	623	1107	51	1	431	6		3	2		
1.6	explosionsgefährliche Stoffe	398	3	4		36			83	11	8	198		362					1	
1.7	Biologische Arbeitsstoffe	31	9	13		248		1	52	81	74	1		20						
1.8	Genetisch. veränderte Organismen	49		1		9			1	2				1						
1.9	Strahlenschutz	355		8	1	29		1	11	102	7	135	1	1902		2				
1.10	Beförderung gefährlicher Güter	49	1	12		8	1		2	5	1			7						
1.11	psychische Belastungen	31	1	35		101			9	167	166	1	1	9						
2	Summe Position 1	7162	29	1493	13	7382	323	51	2852	6169	18788	497	7	3807	79	5	4	31	1	
	Technischer Arbeits- und Verbraucherschutz																			
2.1	Geräte- und Produktsicherheit	43		94		135	2		85	21	391			5						
2.2	Inverkehrbringen gefährlicher Stoffe und Zubereitungen	8	1	3		9			6	34				4	2					
2.3	Medizinprodukte	13	2	1		5			1	17	10			20						
	Summe Position 2	64	1	98		149	2		92	72	401			29	2					
3	Sozialer Arbeitsschutz																			
3.1	Arbeitszeit	534	6	109		635	14	2	98	384	376	552	6	244			8	20		
3.2	Sozialvorschriften im Straßenverkehr	1010	4	48		157	4		52	47	157	3	2	414			262	369		
3.3	Kinder- und Jugendarbeitsschutz	79		21		88			18	153	68	30		10				1		
3.4	Mutterschutz	499		37		437	2		2	275	98	39	16	6454			2			
3.5	Heimarbeitschutz	8				1								1						
	Summe Position 3	2130	10	215		1318	20	2	170	859	699	624	24	7123			272	390		
4	Arbeitsmedizin																			
5	Arbeitsschutz in der Seeschifffahrt																			
	Summe Position 1 bis 5	9356	40	1866	13351	1806	13	8849	345	7100	19888	1121	31	10959	81	5	276	421	1	

# Tabelle 4: Marktüberwachung nach dem Geräte- und Produktsicherheitsgesetz ab 2008

Zeitraum: 01.01.–31.12.2014

	Anzahl der überprüften Produkte		Risikoeinstufung nach der Handlungsanleitung für die Ausführung der Marktüberwachung in Deutschland										ergriffene Maßnahmen													
			Nichtkonformität ohne Risiko		geringes Risiko		mittleres Risiko		hohes Risiko		ernstes Risiko		Mitteilung an andere Behördenw		Revisionsschreiben/ Anhörungen		freiwillige Maßnahmen des Inverkehrbringers		Anordnungen und Ersatzmaßnahmen		hoheitliche Maßnahmen (Warnung/Rückruf)		Verwarnungen, Bußgelder, Strafanzeigen		Produkt nicht auf dem Markt gefunden	
	aktiv	reaktiv	aktiv	reaktiv	aktiv	reaktiv	aktiv	reaktiv	aktiv	reaktiv	aktiv	reaktiv	aktiv	reaktiv	aktiv	reaktiv	aktiv	reaktiv	aktiv	reaktiv	aktiv	reaktiv	aktiv	reaktiv		
Überprüfung bei	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	
Hersteller/ Bevollmächtigter	166	38	43	16	70	2	2	5	1	2			1	13	7		35	6							16	
Einführer	7	236	2	72				11		2			1	36												
Händler	502	19	31		100	4	17	2			1			1	14	3	69	1							129	
Aussteller																										
private Verbraucher/gewerbliche Betreiber	10	6					2										1									
Insgesamt	685	299	76	88	170	6	21	18	1	4	1		2	50	21	3	105	7							145	

Reaktive Marktüberwachung wurde veranlasst durch	Meldungen über das Rapex-System	Schutzklauselmeldung	Behörde	privaten Verbraucher	gewerblichen Betreiber	Unfallmeldung	UVT	Hersteller	Einführer/Bevollmächtigter	Händler	Aussteller	Insgesamt
Anzahl	65		94	5	3							167

**Tabelle 5: Begutachtete Berufskrankheiten**

Zeitraum: 01.01.–31.12.2014

2014		Zuständigkeitsbereich							Summe		
		Arbeitsschutzbehörden			Bergaufsicht		Sonstige				
		bearb. *)	begutachtet	berufsbedingt	begutachtet	berufsbedingt	begutachtet	berufsbedingt	bearb. *)	begutachtet	berufsbedingt
Nr.	Berufskrankheit		1	2	3	4	5	6	-	7	8
1	Durch chemische Einwirkungen verursachte Krankheiten	105	67	14					105	67	14
11	Metalle oder Metalloide	10	5						10	5	
12	Erstickungsgase										
13	Lösemittel, Schädlingsbekämpfungsmittel (Pestizide) und sonstige chemische Stoffe	95	62	14					95	62	14
2	Durch physikalische Einwirkungen verursachte Krankheiten	503	44	5					503	44	5
21	Mechanische Einwirkungen	142	37	5					142	37	5
22	Druckluft										
23	Lärm	354	2						354	2	
24	Strahlen	7	5						7	5	
3	Durch Infektionserreger oder Parasiten verursachte Krankheiten sowie Tropenkrankheiten	40	27	8					40	27	8
4	Erkrankungen der Atemwege und der Lungen, des Rippenfells und Bauchfells	547	406	63					547	406	63
41	Erkrankungen durch anorganische Stäube	408	284	52					408	284	52
42	Erkrankungen durch organische Stäube	8	7	1					8	7	1
43	Obstruktive Atemwegserkrankungen	131	115	10					131	115	10
5	Hautkrankheiten	286	43	19					286	43	19
6	Krankheiten sonstiger Ursache										
9999	Entscheidungen nach § 9 Abs. 2 SGB VII	85	64	16					85	64	16
Insgesamt		1566	651	125					1566	651	125

Feststellungen zum Tod durch BK :	nein	12	12		12	12
	ja	9	9		9	9

insgesamt abgeschlossene BK-Verfahren:	1587	672	125		1587	672	125
--	------	-----	-----	--	------	-----	-----

\*) bearb. – Summe aller im Berichtsjahr abschließend bearbeiteten Erstanzeigen

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Darüber hinaus darf sie weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitliche Begrenzung zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

#### **Impressum:**

Herausgeber:  
Ministerium für Arbeit und Soziales  
des Landes Sachsen-Anhalt  
Referat Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Internet

Turmschanzenstraße 25  
39114 Magdeburg  
Telefon: (03 91) 567-46 07  
Telefax: (03 91) 567-46 22  
E-Mail: [ms-presse@ms.sachsen-anhalt.de](mailto:ms-presse@ms.sachsen-anhalt.de)  
[buergernah@ms.sachsen-anhalt.de](mailto:buergernah@ms.sachsen-anhalt.de)  
Internet: [www.ms.sachsen-anhalt.de](http://www.ms.sachsen-anhalt.de)

Redaktion/Layout:  
Landesamt für Verbraucherschutz  
des Landes Sachsen-Anhalt  
E-Mail: [FB5@lav.ms.sachsen-anhalt.de](mailto:FB5@lav.ms.sachsen-anhalt.de)  
Internet: [www.verbraucherschutz.sachsen-anhalt.de](http://www.verbraucherschutz.sachsen-anhalt.de)

Dezember 2015  
LAV 12/2015-246

[www.verbraucherschutz.sachsen-anhalt.de](http://www.verbraucherschutz.sachsen-anhalt.de)